

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag 11, Präšanka 15 • Telefon: 26705, 31469, Nachdruck: (ab 21 Uhr): 33555 • Postfachamt: 37344

12. Jahrgang.

Donnerstag, 12. Mai 1932

Nr. 113.

Notsschrei aus Oesterreich.

Wien, 11. Mai. Die österreichische Regierung hat dem Völkerbund mitgeteilt, sie würde sobald als möglich und mit größter Beschleunigung mit den Vertretern des Völkerbundes über die schwierige finanzielle und wirtschaftliche Situation des Landes verhandeln.

Wie verlautet, sollen sich diese Beratungen u. a. auf die Dringlichkeit einer Kredithilfe und auf Maßnahmen beziehen, die notwendig werden würden, wenn sich diese Kredithilfe nicht einstellen würde.

Schmählicher Umfall der Großdeutschen.

Auflösungstermin wird erst im Herbst bestimmt.

Wien, 11. Mai. (Eigenbericht.) Die Großdeutschen, die seinerzeit selbst einen Antrag auf Auflösung des Nationalrates eingebracht hatten, haben heute im Verfassungskonvent bewiesen, daß sie ihren Antrag nicht ernst gemeint hatten. Obwohl sie noch gestern erklärt hatten, sie würden für den sozialdemokratischen Auflösungsantrag stimmen, sind sie heute schmählich umgefallen. Sie haben zwar für den ersten Paragraphen des sozialdemokratischen Auflösungsantrages gestimmt, der prinzipiell feststellt, daß der Nationalrat aufgelöst werden soll, und ihm damit zur Annahme verhelfen, haben aber dann einen Abänderungsantrag gestellt, daß der Termin der Neuwahl erst in der Herbsttagung bestimmt werden soll. Damit war der sozialdemokratische Antrag gescheitert, da für den großdeutschen Abänderungsantrag außer den Sozialdemokraten und dem Heimatsklub alle anderen Parteien stimmten.

Zum Lohn dürften die Großdeutschen morgen in die neue Regierung Dollfuß aufgenommen werden. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung sind allerdings noch nicht zu Ende, ebenso nicht die Verhandlungen mit dem Heimatsklub.

Leon Blum gegen eine Konzentrationsregierung.

Paris, 11. Mai. Im „Populaire“ schreibt der sozialistische Abgeordnete Léon Blum, es sei nicht zu bestreiten, daß die Gefahr der radikalen Senatoren, die sich zugunsten Lebruns ausgesprochen, auf eine Konzentrationsmöglichkeit, ja sogar eine nach rechts erweiterte Konzentration, hin abgestellt sei. Die Sozialisten wollen keine Konzentration, sie wollen nicht, daß die Wahlliste in Vergessenheit gerate und daß der Volkswille, der durch die Wahl zum Ausdruck kam, mißachtet werde. Die Sozialisten würden niemals eine Verbindung mit Radikalen, Liberalen oder der sogenannten „treuen Mehrheit“ anstreben, die das Land davon abgehe.

Allgemein wird erwartet, daß der Präsident der Republik, getreu dem verfassungsmäßigen Brauch, mit der Bildung des neuen Kabinetts den Führer der größten freigerechten Partei, in diesem Falle also Herrriot, den Führer der Radikalen, betrauen wird. Das Hauptinteresse konzentriert sich um die Frage, ob Herrriot ein Kabinett mit den Sozialisten oder ein Konzentrationskabinett ohne die Sozialisten bildet wird.

Zahlreiche Politiker der Linksparteien sprechen sich für den Versuch, ein neues Linkskabinett zu bilden, aus. Der letzte Kongreß der sozialistischen Partei hat sich — wie erinnerlich — gegen die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung ausgesprochen, doch bleibt der Zusammenschluß des neuen Parteienkongresses Ende Mai und dessen Beschlüsse abzuwarten.

Wiel wird von den radikalen Senatoren abhängen, welche gestern z. B. die Wiederholung der Kandidatur Painlevés und die Wahl des Präsidenten der Republik aus den Reihen der Gemäßigten durchgesetzt haben.

Japan räumt wirklich?

Tokio, 11. Mai. (Kenter.) Die japanische Regierung erklärte, daß sie im Laufe von dreißig Tagen alle Truppenabteilungen aus Shanghai abzurufen werde.

Für Abrüstung und völlige Schuldenstreichung.

Appell Brünnings an das Weltgewissen.

Berlin, 11. Mai. Im Reichstag nahm heute Reichkanzler Dr. Brüning das Wort zu einer großen politischen Rede, die ausgesprochenemmaßen an die Adresse der Staatsmänner der ganzen Welt gerichtet war. Es war eine letzte dringende Warnung und Mahnung an die Welt, mit der Lösung der Reparations- und Abrüstungsfrage nicht länger zu zögern, weil die Krise in den nächsten Wochen und Monaten auf der ganzen Welt so rapid fortschreitet, daß bei längerem Zögern vielleicht kein Land mehr einen Ausweg finden werde. Dabei deutete der Kanzler an, daß auch Frankreichs Hoffnung, allein von der wirtschaftlichen Zinnsfüt verschont zu werden, sich nicht erfüllen werde.

Der Kanzler führte u. a. aus: Es wird starke Kritik geübt an dem Tempo der Genfer Abrüstungsverhandlungen. Ich muß aber feststellen, daß zwischen dem Monat Feber und den Verhandlungen vor vierzehn Tagen doch gewisse Fortschritte gemacht worden sind. Man ist sich der Notwendigkeit bewußt, die Konferenz zu einem positiven Ergebnis zu führen.

Abrüstung, Reparationen und Weltkriege können nicht voneinander getrennt werden und sind so wichtig, daß von ihnen aller Voraussicht nach das Schicksal der Welt für lange Zeit bestimmt werden wird.

Es ist falsch, wenn man die Dinge so darstellt, als ob in Europa erst jetzt mit der Durchführung der Abrüstung begonnen werde. Begonnen hat man schon vor zwölf Jahren, als man Deutschland und seine ehemaligen Verbände zwecks Einleitung der allgemeinen Abrüstung zur Entwaffnung zwang. Nur ist man bei diesem Anfang stehen geblieben, ohne daraus die unbedingt notwendigen, selbstverständlichen Folgerungen zu ziehen. Das Mißverhältnis der Rüstungen hat zu einer steigenden Spannung der politischen Atmosphäre der ganzen Welt geführt (Sehr richtig!). In seiner Gesamtheit ist Europa heute trotz der Entwaffnung Deutschlands und seiner ehemaligen Verbündeten der höchst gefährlichste Kontinent, der gegenüber der Vorkriegszeit seine Rüstungsausgaben fortlaufend gesteigert hat. Aus dieser Lage ergeben sich die deutschen Abrüstungsforderungen von selbst. Was wir wollen, ist die allgemeine Abrüstung und Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung. Beide Ziele sind so eng verbunden, daß sie ein einziges Ziel darstellen: Deutschlands Gleichberechtigung durch allgemeine Abrüstung.

Darüber muß man sich klar sein, daß ein Scheitern der Konferenz von den weittragendsten politischen Folgen

auch auf anderen politischen Gebieten sein müßte und sich unmittelbar auch auf die Wirtschaftslage in verhängnisvoller Weise auswirken würde. In den einzelnen Ländern hat die Krise ihren verhängnisvollen Fortgang genommen; man muß sich auch hier zu Entscheidungen kommen.

Eine völlige Streichung der politischen Schulden ist die wichtigste Voraussetzung für die Rettung aus der jetzigen Not und für einen neuen Aufstieg. Die Trennung zwischen Schuldner- und Gläubigerländern muß aus der internationalen Politik verschwinden; erst dann ist der Weg der Zusammenarbeit zwischen den Völkern frei, und wenn alle politischen Schulden gestrichen sind, wird jedes Land reicher sein als vorher.

Freilich ist das noch nicht der Standpunkt aller beteiligten Regierungen. Sie geben zum Teil zwar zu, daß Reparationen nicht gezahlt werden können, hoffen aber doch, daß Deutschland nach einigen Jahren die Zahlungen wieder aufnimmt, oder mindestens noch eine Restzahlung, eine Abschlagszahlung leistet. Welche Länder werden in Zukunft bereit sein, die deutschen Ausfuhrer in dem notwendigen Ausmaß aufzunehmen, ohne uns Anleihen zu gewähren? Ueberall sehe ich nur das Gegenteil einer solchen Bereitwilligkeit.

Dann rechtfertigte der Reichkanzler die Auflösung der S. A. und mahnte die Nationalsozialisten zu Mäßigung und Vorsicht, insbesondere im Verkehr mit ausländischen Politikern und Publizisten. Er schloß:

Die Lage in der Welt kann sich nur ändern, wenn Klarheit in der Reparations- und in der Abrüstungsfrage geschaffen wird und wenn die Welt von dem wahnsinnigen System der Zerstörung des internationalen Verkehrs und Handels wieder abgeht. Werden rechte Maßnahmen zur rechten Zeit durchgeführt, dann kann man allerdings zum erstenmal vielleicht von etwas wie Frieden seit dem Ende des Krieges überhaupt sprechen. Nicht mit Fanfaren, sondern mit ruhigen Worten habe ich das Notwendige gesagt und mir dadurch in der Welt vielleicht etwas erworben, was ich für Deutschland einsehen kann. Wenn Sie (zu den Nat.-Soz.) daran denken, in so kritischer Zeit die Macht zu erobern, so rate ich ihnen dringend, in Ausdrücken, in Formeln und im Inhalt der Agitation sich rechtzeitig Beschränkungen aufzulegen; denn die Hoffnungen, die sie dargelegt haben, können sich nie erfüllen. Den größten politischen Fehler würde ich begehen, wenn ich bei den letzten hundert Metern die Ruhe verlore.

Die Eisenbahner bei Minister Hála.

Vorlage ihrer Forderungen.

Prag, 11. Mai. Heute verhandelten die Vertreter der großen Eisenbahnerorganisationen, darunter des Verbandes der Eisenbahner und der „Unie“, mit dem Eisenbahnminister in Gegenwart aller leitenden Beamten des Ministeriums über die Forderungen des Personals, die in folgenden Punkten zusammengefaßt wurden:

1. Verhandlung aller Angestelltenforderungen mit dem Zentralausschuß der Vertrauensmänner, falls eine Einigung nicht möglich ist, soll der Minister nach Verhandlungen mit den Organisationen entscheiden;
2. Berufung von Vertretern der Organisationen in den Verwaltungsausschuß;
3. Einstellung der Verschlechterung der Verhältnisse der Angestellten, namentlich der Aushebung der Vertrags- und Hilfsangestellten aus der Arbeit und der Herabsetzung der Löhne und Bonuszahlungen;
4. Pensionierung aller Überdienten;
5. Vorbereitung der Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden wöchentlich;
6. Durchführung des § 25 des Gesetzes über die Amtsdauer und des § 112 über die Einführung der vorausgegangenen Dienstzeit;

7. Novellierung der Verordnung Nr. 15 und Regelung der dienstrechtlichen Verhältnisse der Angestellten.

Die außerdem gestellte Anfrage über seine Absichten mit den Angestellten der aufgelassenen Direktion Prag - Nord beantwortete der Minister dahin, daß die Auflösung notwendig sei, daß er diese Frage aber keineswegs gewaltsam lösen wolle. Die Angestellten der Direktion, bei denen alle Voraussetzungen erfüllt sind, werden pensioniert werden. Die übrigen verbleiben auf ihren Posten, soweit sie nicht bei den anderen Direktionen notwendig sind oder nicht selbst um Veretzung anfragen. Die heutige Direktion soll zur Vorbereitung der Reorganisationsmaßnahmen, namentlich der Normalisierung und Typisierung, Verwendung finden. Bei Besetzung von Stellen bei anderen Direktionen wird in erster Linie auf Beamte aus der aufgelassenen Direktion Rücksicht genommen werden. Von auswärts wird freilich niemand nach Prag verlegt werden.

Bezüglich der übrigen Forderungen erbat sich der Minister eine Frist zu ihrem Studium und versprach in kurzer Zeit eine ausführliche Antwort. Er machte allerdings sofort aufmerkzaam, daß das Unterrichten eine weitere Belastung des Personals nicht vertragen; Pensionierungen über den normalen Abgang hinaus konnten also nur dann erfolgen, wenn man eine neue Bedeckung finde.

Die Hyänen des Krisenschlachtfeldes.

Jede Katastrophe zeigt Beispiele größter Heldentum und tiefster menschlicher Verworfenheit. Als im Jahre 1908 die süditalienische Stadt Messina durch Erdbeben und Sturmfluten vernichtet wurde, eilten aus nah und fern Retter herbei. Unter Einsatz des eigenen Lebens arbeiteten sie Tag und Nacht, um das Trümmerfeld aufzuräumen, die Verschütteten zu bergen, Hungerstot und Seuchen abzuwehren. Gleichzeitig aber wurde die Unglücksstätte von einer Horde von Spießbuben überflutet, die im Gewande des Helfers auf Raub und Plünderung auszogen. Man mußte damals drakonische Maßnahmen ergreifen, um die so schwer heimgesuchte Stadt von dieser Pest zu befreien.

Die Wirtschaftskatastrophe, die wir durchleben, zeigt ähnliche Erscheinungen. Das Land ist überflutet von zertrümmerten Existenzen. Millionen arbeitsloser sind qualvoll zwischen Not und Ungewißheit eingekerkert und rufen verzweifelt nach Hilfe. Helfer und Berdender eilen herbei. Samariter, die das ungeheure Krisenleid nach besten Kräften lindern wollen und politische Spekulant, die davon profitieren möchten. Rettung der Krisenopfer und Aufbau der Wirtschaft werden von dunklen Gestalten gehemmt, die ihre Ziele nur im Chaos erreichen können.

Die gefährlichste Hyäne des Krisenschlachtfeldes ist der Faschismus. Im deutschen Gebiete dieses Staates wird er durch die Pastardfigur des Nationalsozialismus verkörpert. Soziale Illusionen, antikapitalistische Stimmungen ihrer ahnungslosen Gefolgschaft ändern nichts an der konterrevolutionären Rolle der Dakenkreuzbewegung. Sie untkreißt beutegierig das Schlachtfeld zwischen Kapital und Arbeit. Wo Arbeiter um ihre nackte Existenz, um ihr Lebensrecht kämpfen, ist sie zur Stelle, um Verwirrung und Unheil zu stiften. So beim letzten Bergarbeiterstreik, so auch beim Bauarbeiterstreik in Nordwestböhmen. Aus Not und Verzweiflung der proletarischen Krisenopfer wird Kapital geschlagen. Zu den Betriebsratwahlen eines großen nordwestböhmerischen Unternehmens wurde von den deutschen Nationalsozialisten ein Flugblatt folgenden Inhalts verbreitet:

„Kameraden! Seid auf der Hut. Das schandbare Verhalten sozialdemokratischer Führer anlässlich des letzten Bergarbeiterstreikes — das unter der gesamten deutschen Arbeiterschaft heftige Entrüstung auslöste — steht noch bei allen ehrlichen Arbeitern in bester Erinnerung! Empört wandten sich selbst die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter damals gegen ihre eigenen Führer und sagten sich auf der Stelle von ihnen los! Kaum sind jedoch letzter einige Tage vergangen, so wird mit den Bauarbeitern dasselbe Spiel getrieben. Spontan wachen in den letzten Tagen die Bauarbeiter des ganzen Gebietes auf fast allen Baustellen des Streik. Während die Bauarbeiter ohne Unterschied ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit im schwersten Kampfe gegen Unternehmerwillkür und gegen einen weiteren Wohnbau stehen, erheben sich sozialdemokratische Führer nun auch unter der Bauarbeiterschaft erneut zum Streikbruch aufzurufen! Nach dem gewaltigen Bergarbeiterstreik wollen die Sozialdemokraten nun auch den berechtigten Kampf der Bauarbeiter abwürgen und unmöglich machen!“

Dieses Dokument der Skrupellosigkeit enthält die neue Taktik der Dakenkreuzler. Sie stellen sich auf reinsten Nationalbolshewismus um. Nach dem Kriege beeilten sie sich, das Schandmal einer gelben Vergangenheit durch das Taufwasser einer sozialistischen Namensgebung ihrer Partei abzuwaschen. Bis in die jüngste Zeit hinein bestritten sie den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit dem Vorwurf, daß sie den „volkszerstörenden“ Klassenkampf führe und die Volksgenossen Arbeiter auch gegen die „ehrlisch schaffenden“ Unternehmer, gegen das harmlose „produktive Kapital“ hege. Damit kamen

Die Front der Bauunternehmer wankt.

26 Baufirmen haben sich bereits verpflichtet, die Schiedsrichtersprüche anzuerkennen. Kommunisten und Patentreuzler leisten in Tetschen, Teplitz und Döbegg Streikbrucharbeit.

Die Front der freigewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter wird immer größer. Viele Indifferente haben ihren Beitritt zum Bauarbeiterverbande vollzogen. Die Kommunisten und Patentreuzler leisten in Tetschen, Teplitz und Döbegg Arbeiten zu den von den Unternehmern diktierten Löhnen. Dies bedeutet im Kampfgebiete Streikbrucharbeit und den kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen. Die nationalsozialistischen und kommunistischen Tintenflüßler, die fortwährend von Organisierung des Streikbruchs schreiben, müssen nun leben, daß ihre eigenen Anhänger Streikbrucharbeit im wahren Sinne des Wortes verrichten. Es zeigt sich nun, daß die Einheitsfront der Kommunisten und Patentreuzler, in die sie auch die freigewerkschaftlichen Arbeiter hineinlocken wollten, nichts anderes als eine Streikbrecherfront ist.

Die Unternehmer hatten leichtes Spiel und es war hoch an der Zeit, daß den Bauarbeitern die Augen geöffnet wurden.

Aber auch bei den Baumeistern brodelt es überall. Dr. Bettera und Schrittwieser haben alle Hände voll zu tun. Der eine jagt von Unternehmer zu Unternehmer, um zu kontrollieren, ob sie Reverte ausgegeben und ob die Weisungen des Arbeitgeberbundes, den Schiedspruch nicht anzuerkennen, eingehalten wurden. Inzwischen haben die Baumeister in den einzelnen Bezirken Konferenzen ab, auf denen es äußerst lebhaft zugeht. Eine solche Konferenz fand in Teplitz statt.

Viele Baumeister erklärten, daß sie nicht mehr mitun, denn sie haben durch die Weisungen des Arbeitgeberbundes bisher nur großen Schaden erlitten. Die kleinen Meister, insbesondere die Maurer- und Zimmermeister teilen die Auffassung, daß die Löhne nach dem Schieds-

pruch bezahlt werden können. Man hat ja in einer gemeinsamen Besprechung beschlossen, höhere Löhne zu kalkulieren. Nebenbei bezahlen die großen Firmen sowie die Prager Firmen, die ins Gebiet kommen, die Löhne nach dem Schieds-

Auf Grund dieser Erkenntnis haben 26 Baufirmen des Teplitzer Bezirkes sich bereits schriftlich verpflichtet, den Schiedspruch vollständig für das Jahr 1932 anzuerkennen.

Dies bedeutet ein Zerfallen der Front des Unternehmertums. Aus Angst, daß dieses Beispiel auch auf die anderen Bezirke übergreift, hat der Arbeitgeberbund, wie uns berichtet wurde, eine Vollversammlung der Bauunternehmer nach Böhm.-Leipa berufen, um zu der eingetretenen Situation neuerlich Stellung zu nehmen. Massenlogen und Angelegen werden jedenfalls den Baumeistern, die das Diktat des Arbeitgeberbundes durchführten, einen Schaden von tausenden Kronen und wahrscheinlich Verlust von Arbeit bringen. Die Führer des Arbeitgeberbundes, die hauptsächlich von Mitgliedsbeiträgen der Genossenschaftsmitglieder erhalten werden und selbst beinahe nichts bauen, werden allerdings verschont bleiben.

Die Aktion zeigt aber auch auf der anderen Seite, daß sich die Bauarbeiter politischen Hofordern nicht anvertrauen dürfen, sondern jener Gewerkschaft sich anschließen müssen, die den Schiedsrichterspruch herbeigeführt hat und gleichzeitig alles anbietet, damit derselbe auch bezahlt wird.

Die beste Einheitsfront ist die Einheitsorganisation der Bauarbeiter, die gleichzeitig die Gewähr für einen Erfolg bietet.

die Nazis nicht vom Fleck, denn der vernünftige Arbeiter sagte sich mit Recht, daß er seine Lohnforderungen doch nicht bei den sagenhaften Weisen von Zion anmelden könne. Nun vollzieht sich der agitatorische Frontwechsel der Nazis. Sie bedienen sich seit neuerer Zeit der Argumente des — ihrer Meinung nach jüdischen — Bolschewismus gegen die Sozialdemokratie. Machen die freien Bergarbeiter-Gewerkschaften einen verrückten Streikputsch der Kommunisten nicht mit — zeteren sie mit Vrbensky und Dr. Stern über „Verrat“. Kämpft der Bauarbeiterverband um die Schiedsrichtersprüche und empfiehlt bei nachgiebigen Baumeistern, welche diese Schiedsrichtersprüche bewilligen, die Arbeitsaufnahme, so ist das wieder — „Streikbruch“. Natürlich haben diese geifernden Gesellen noch nie einen Streik geführt, sonst müßten sie die alte gewerkschaftliche Regel kennen, daß es der einzige Weg zum Erfolg ist, in die Unternehmerfront Bresche zu schlagen. Patentreuzler und Kommunisten wollen aber keinen gewerkschaftlichen Erfolg, sondern die Niederlage der Arbeiter um jeden Preis, damit sie umso besser im Trüben fischen können.

Um das Doppelspiel der Nazis beim Bauarbeiterstreik ganz zu durchschauen, muß man wissen, daß in vielen Bezirken ausgerechnet Bauunternehmer an der Spitze ihrer Organisationen stehen. In Staab, wo ihr Kreisführer Süß in der Baumeisterfront stand, haben sie gemeinsam mit den Kommunisten den Streik durch einen Sondervertrag gebrochen und sind den freigewerkschaftlichen Bauarbeitern in den Rücken gefallen. Werden die Patentreuzler in Versammlungen als verkappte Unternehmernpartei charakterisiert, dann verdecken sie sich hinter dem abgedrohten Krebs-Schlager: „Für die Sozialdemokraten fange eben der Kapitalismus bei der Gemüsefrau an.“ Da sind sie plötzlich die Partei aller ehrlich schaffenden Stände vom Arbeitslohn bis zum Kronprinzen. Eine niedliche Komödie das! Sie reinit sich ausgezeichnet zu den Fäufelstößen gegen Unternehmervillkür und Lohnabbau, die sie in Nordwestböhmen dem kommunistischen Schimpfplakat beisteuern. Auf der einen Seite wollen die Patentreuzler den Klassenkampf „überwinden“ und auf der anderen Seite wollen sie uns lehren, wie man ihn richtig führt.

Die Patentreuzerbewegung in ihrer heutigen Form — das ist die organisierte Niedertracht und Verlogenheit. Auch diese Methoden sollen uns gewappnet finden. Kein Sozialdemokrat wird in den Morast der politischen und moralischen Verklumpung hinabsteigen, den der Faschismus mit seinen Giftquellen nährt. Wir werden diesen Sumpf austrocknen, indem wir ihn mit den Felsblöcken unserer riesengroßen Verachtung verschütten. Und mit der Peitsche der Wahrheit werden wir die Hyänen des Krisenfeldes in ihre stinkenden Schlupfwinkel zurückschicken!

Ein Sowjet-Schiff in Kapitalknechtschaft.

Oder: wie aus dem Paulus ein Saulus wurde.

Der Kurs eines Sowjet-Schiffes soll hier beschrieben werden; aber nicht der eines durch die Weltmeere segelnden Fahrzeuges, sondern die wunderbare Reise einer weiblichen und zweijährigen Erscheinung, genannt Paul Schiff.

Ausgangspunkt: die Hafenstadt Aulis, wo Paul Schiff als Sohn eines Getreidehändlers bald nach dem Umsturz mit vollen Segeln zu den Kommunisten steuerte und dort als einer der wildesten Redner und radikalsten Schreiber und Schreier die Sozialdemokratie so wütend und gebärdig bekämpfte, daß man fürchte, er verneine nicht nur in längstens einem Jahre die Sozialdemokratie total niederzureißen, sondern, was ihm natürlich noch weit wichtiger war, in eben dieser Zeit es selber mindestens zum ersten Sowjetdiktator der Tschechoslowakei zu bringen.

Und was ist nun inzwischen aus dem Burschen geworden? Nachdem ein Buch, das er schrieb, von den Unfehlbaren in Moskau als nicht ganz richtig siniiert erklärt wurde, flog er hoch im Bogen aus der KP heraus und direkt dem Kapitalismus in die Arme. Seit ein paar Wochen gibt der Biedere,

aus kommunistischen Kampfhandlungen zum Welen der väterlichen Getreidehandlung zurückfindend, eine bürgerliche Wirtschaftskorrespondenz heraus, mit der aber die bürgerliche Presse, wie man uns erzählte, nichts anzufangen weiß, weil diese nämlich über die Reize des Kapitalismus, die der Schiff nun zu entdecken sich bemüht, weit besser unterrichtet ist. Noch toller aber ist der Inhalt jener uns zugekommenen Meldung, nach der der Sowjet-Schiff als Journalist bei der Saager Wolf-Presse gelandet ist! Noch steht es nicht fest, ob er das von Aulis oder von einer anderen deutsch-böhmischen Stadt aus befohrt. Aber wir zweifeln nicht daran, daß der Schiff sehr bald selber den letzten Zipfel des geheimnisvollen Schleiens lüften wird, um der Welt ganz das denkwürdige Antlitz des Mannes zu zeigen, der

aus dem weltrevolutionären Meer von Blut und Tränen zu Sumpf und Dreck der elendesten bürgerlichen Reptilienpresse heimgefunden hat.

Weiter glückliche Fahrt, mein Schiff, du edles Sinnbild des KP!

Eine Opposition in der Agrarpartei.

„Narodni Svobozenci“ erzählt in seinem gestrigen Leitartikel von Strömungen in der tschechischen Agrarpartei, welche die großbäuer-

liche und kapitalistische offizielle Politik dieser Partei bekämpfen. Die eine Gruppe ist um die Zeitschrift „Pravda“ geklärt, es sind das meistens junge der Intelligenz angehörige Leute, welche mit Entschiedenheit die liberalkapitalistische Politik ablehnen. Sie erklären, mit der kapitalistischen Ordnung des Unrechts moralisch vollkommen fertig zu sein. Es handle sich aber nicht nur um eine neue Theorie, sondern auch um eine andere politische Praxis. In der betreffenden Zeitschrift werden daher Monopole auf die wichtigsten landwirtschaftlichen Artikel verlangt. Schließlich wird gefordert, daß die Agrarpartei eine kleinbäuerliche Partei bleiben muß.

Bemerkenswert ist ferner ein Flugblatt, welches ein mährischer Bauer Jan Kadrnicek herausgibt. Er erklärt es für falsch, wenn die Agrarpartei die Bauern gegen die Arbeiter zu hegen versucht: Der wahre Grund der Krise liege darin, daß der Hauptkonsument, nämlich der industrielle Arbeiter, launisch ist. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind zwar gesunken, aber der Arbeiter müsse weiter hohe Preise zahlen, an denen sich der Zwischenhandel mäuset. Während Hunderttausende von Menschen mit einem Einkommen von 3000 bis 5000 K jährlich leben müssen, haben einige Wenige ein Einkommen von Hunderttausenden und Millionen.

Obwohl man derartige oppositionelle Stimmen in der festgefärrigten tschechischen Agrarpartei nicht überschätzen darf, sind sie doch charakteristisch und deuten darauf hin, daß sich — was für die Zukunft nicht unbedeutend erscheint — die Klassenengegenseite auch in der Agrarpartei bemerkbar machen.

Der Untersuchungsausschuß gegen Klossa, dessen Einlegung seinerzeit die Liga und die Slowakischlerikalen im Senat beantragt hatten, ist nunmehr, da er vom Initiativsausschuß am 21. April abgelehnt worden ist und die Antragsteller von ihrem Recht, an das Plenum des Senates zu appellieren, innerhalb der zulässigen Frist keinen Gebrauch gemacht haben, definitiv abgelehnt und die Angelegenheit für den Senat somit erledigt. Wie erinnerlich, hatte die Affäre seinerzeit große Verwirrung bei den Nationalsozialisten hervorgerufen, weil auch die Nationaldemokraten sich eine Zeilung dem Antrag anschließen wollten. Klossa wird nun wohl wieder in den Senat zurückkehren, den er seit Ausbruch der Affäre streng gemieden hatte.

Ein Patentreuzler als Angeber. Anlässlich der Gemeindevwahl in Kleinaugez im Bezirke Teplitz veranstaltete unsere dortige Lokalorganisation am Samstagabend vor der Wahl einen Umzug, welchem sich auch eine Schar von Kindern anschloß, wie das bei jedem derartigen Umzug üblich ist. Den Patentreuzlern war aber diese Kundgebung ein Dorn im Auge, weshalb sich der nationalsozialistische Gemeindevorteiler der Bezugsamte Horn aus Kleinaugez dazu entschloß, an den Bezirksschulsausschuß eine Eingabe zu richten, in welcher er an den Bezirksschulsausschuß die Anfrage richtet, ob es zulässig sei, daß Kinder zu Wahlzwecken „ausgenutzt“ werden. In der Eingabe erwähnte er auch, daß sich am Umzug auch der Vorsitzende des Ortskomitees, der Vorortler Genosse Lippert, beteiligte. Der Zweck der Eingabe ist kein anderer, als die Bezirksschulbehörde zum Einschreiten gegen den Vorsitzenden des Ortskomitees zu veranlassen. Die nationalsozialistische „Freiheit“-Bewegung schenkt also nicht einmal dem Vorwurf der Angeberei bei Behörden in den Dienst ihrer politischen Agitation gegen unsere Partei zu stellen!

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

Jetzt die Papiere im Materialschrankchen ordnen! Die Blaubogen gehören in die langen Pappfäßen. Mitteilungen sind auf Mitteilungen, Briefbogen auf Briefbogen zu schieben. Das Durchschlagpapier hat im Mittelloch zu liegen, und zwar streng getrennt nach ganzen und halben Bogen. Für die Bleistifte ist ein Aluminiumfäßchen vorhanden. Das Köstchen ist in der Schublade des Schreibmaschinenteils zu verwahren. So hat Fräulein Milly es mich gelehrt. Ich muß noch einmal den Materialschrank aufschließen, weil der Stenogrammblock draußen geblieben ist. Nun noch rasch den Papierford unter den Schreibstuhl gerückt, und ich darf sagen, daß ich meinen Arbeitsplatz in muster-gültiger Ordnung verlasse.

Es hat nämlich einen kleinen Verweis gesetzt heute morgen, in aller Güte selbstverständlich, aber gerade deshalb auch mit aller Nachdrücklichkeit. Schreib und Staunen über die Befürchtung, mit der der greise Kommerzienrat Piepenbrod mir meine Nachlässigkeit vorgehalten, wollen immer noch nicht schwinden. Ich hätte gern gelacht. Aber Mitleid und Ehrfurcht haben mich wehrlos gemacht gegen diese Ueberwertung einer belanglosen Keuzerlichkeit. Und obwohl ich meinen Platz aufgeräumt hatte am Abend zuvor, mit nicht mehr zwar, aber auch mit nicht weniger Sorgfalt, als mir notwendig erschien, wagte ich nicht, mich zu verteidigen. Der Gram der milden alten Augen und das Zittern des schloßweichen Couppes erschütterten mich zu sehr.

„Sie wird sich schon anlernen, die Kleine“, hatte Fräulein Milly sich liebreich eingemischt, und es ließ sich schwer entscheiden, wollte sie den

Kommerzienrat in seiner Betrübniß trösten oder mich in meiner Zerknirschung. Jedenfalls freichelte sie mir die Wangen mit dem Handrücken und dem Alten lächelte sie innig ins Gesicht.

Als er dann verzagt und gebeugt davon-geschlurft — altes Herzleid und neue Sorgen lasten schwer auf dem Vierundsechzigjährigen — schob sie mir eilig die Kladdo unter, in der ich unlängst das empfangene Schreibmaterial abquittierte.

„Wenn er das sieht! Mädchen, Mädchen! Nur keine genialen Kriggl bei Piepenbrod & Ceterlein! Jeder Name muß einwandfrei zu lesen sein. Das wollen wir hier mal ganz schleunigst ändern.“

Sie radierete, pustete, wischte mit Eifer. „So, mein liebes kleines Fräulein Brückner, nun schreiben Sie mir noch einmal schön leserlich und akkurat auf die richtige Zeile Ihren Namen.“

Ihr tanzeliges Gesicht war so einfach gut gewesen, so ohne allen Arg durchdrungen von der Wichtigkeit dieser Korrektur, daß ich es nicht übers Herz bringen konnte, mich zur Wehr zu setzen und schön länderlich und akkurat meinen Namen malte. — — —

Mit einem Stoßseufzer trennte ich mich von meinem in muster-gültiger Ordnung zurückbleibenden Arbeitszimmer und durchschritt nicht ohne Nachdenklichkeit die altmodischen Büros, die jetzt noch Dienstschuß mit ihren hohen Pulstern, ihren Drehschneideln und Wandvoakeln doppelt abgefordert, jenseitig und zurückgedrückt wirken. Die peinliche Ordnungsliebe des Kommerzienrates hat ja alle Spuren tätigen Lebens hinter verriegelte Schränke verbannt.

Allzu deutlich spricht die unausgefüllte Beiläufigkeit der vielen Räume, in denen sich die Arbeitsplätze fast verlieren, vom Rückgang des Unternehmens. Vor dem Kriege haben Piepenbrod & Ceterlein mit dem vierfachen Personal

gearbeitet. Nur die altbewährten treuen Kräfte hat man halten können.

Die junge Generation beschränkt sich auf zwei Exemplare: einen sehr wohlgezogenen, schüchternen und bescheidenen Lehrling, Herrn Strecker — Abiturient selbstverständlich und aus bester Familie — und auf meine Wenigkeit.

Strecker wird von den alten Mädchen der Firma teils mütterlich, teils schwärmerisch geliebt. Ich werde, wenn auch in liebenswürdigster Form, beargwöhnt. Man erwartet nicht viel von mir. Die Tatsache, daß ich zwei Jahre bei Dudenmeyer gearbeitet habe, ist keineswegs eine Empfehlung. Die Firma Wolff Dudenmeyer gehört nicht zu den alten, ehrwürdigen und achtbaren Häusern der Stadt. Man besagte mich aufrichtig, daß ich in einer so bedenkliehen Atmosphäre meine erste kaufmännische Erziehung genießen mußte (meine allerersten Stellungen habe ich wohlweislich verschwiegen). In einer Konferenz, die über die Bewerbungen um den Stenotypistenposten zu entscheiden hatte, war man sich darüber klar gewesen, daß ich viel, sehr viel liebende Rücksicht erfordern würde. Fräulein Milly's Stimme hatte schließlich den Ausschlag gegeben, daß es doch Christenpflicht wäre, ein junges Mädchen aus guter Familie vor weiteren Dudenmeyern zu bewahren.

Sie hat mir das selbst erzählt, und es hätte nicht viel gefehlt, dann hätte ich mich zu einem tiefen Knicks hütchen lassen und ihr vor Dankbarkeit die Hand geküßt.

Nun hat sich Gott sei Dank die erste Nebelung bei mir gelegt. Ich wage schon, mit einem kräftigen Schritt aufzutreten.

„Hi, hi. Ja, ja, die liebe Jugend!“ Ich erschreckte nicht schlecht. „Noch immer fleißig, Fräulein August?“ „Ei gewiß, wenn einem solche Mehrarbeit gemacht wird von diekem Saufbräu, dem kleinen Strecker. Er ist ja ein herziger Lieber

Bursche, der Audi, oder sehen Sie sich um Gottes willen diese Kopien an!“

Sie rückt an ihrer Brille und hält sich ein Papier dicht vor die kurz-sichtigen Augen.

Unmöglich, er muß das alles noch einmal schreiben, dieser Rader, dieser Nichtsnutz, dieser durchtriebene Schlingel. Wahrscheinlich hat er ein abgenutztes Blaupapier verwendet.“

Ich nehme lächelnd die Rechnungsdurchschläge des armen Saufwindes und Tuschguts zur Hand und halte sie gegen das Licht.

„Was wollen Sie denn? Das ist doch wunderschön zu lesen. Herrten Gebrüder Bodschwinna, Bartenstein (Schpreuken), 10 Eimer Erdbeer-marmelade à M. 5.— gleich M. 50.—“

„Noch so ein Rader, noch so ein Schelm“, sicherte sie in sich hinein. „Sieh mal einer an, findet, das wäre wunderschön zu lesen! Das sollte der Herr Kommerzienrat hören oder gar der Herr Konjul! Dem Herrn Konjul kennen Sie wohl noch gar nicht? Ei, ei, ei. So ist die liebe Jugend: Saus und Braus und keinen Respekt.“

Ich flüchte. „Nein, tausendmal nein! Ich kann, ich darf, ich will hier nicht bleiben. In acht Tagen läuft meine Probezeit ab. Ich muß mich entscheiden, trotz wachsender Arbeitsnot in allen Berufs-zweigen. Es sind herzensgute Menschen, diese Piepenbrod & Ceterlein, aber sie gehören einer verfallenen Epoche an. Sie ahnen nicht einmal, wie weit sie zurückgeblieben sind hinter dem Tempo der neuen Zeit.“

Meine ursprüngliche Hoffnung, mich gerade unter diesen alten Leuten durch Einführung moderner Geschäftsmethoden rasch verdient machen zu können, hat sich sehr bald als Trug-schluss erwiesen. Meinem Anerbieten zum Beifried, einen geschickten und wirkungsvollen Reklameturmus in den Hochzeittagen zu inszenieren, daß man ein nachsichtiges Lächeln entgegengesetzt. (Fortsetzung folgt.)

An unsere Kolporteurs und Abonnenten!

Anläßlich der Plingsleiertage wird auf Vertrag im Buchdruckergerber am Plingsmontag nicht gearbeitet. Es entfällt daher unsere Dienstagangabe und erscheint unser Blatt erst am Mittwoch, den 18. Mai zur gewohnten Stunde.

Die Verwaltung.

Etwas fürs teutsche Gemüt.

Das „Nordböh. Tagblatt“ schwärmt für den Faschismus.

Da hatte vor ein paar Tagen ein festsittischer Journalist eine Unterredung mit Wilhelm von Doorn. Wilhelm also hat sich zu dem Sendung Mussolini über den Faschismus und über Mussolini geäußert und nur Worte des Lobes gefunden. Das ist dem „Nordböh. Tagblatt“ wertvoll genug, um es seinen Lesern zu vermitteln. Natürlich ist Wilhelm der Deserter für das nationalparteiliche Blatt immer noch „Der Kaiser“, „Der Kaiser“, so schreibt das Blatt, sagte, „das, was Mussolini geschaffen habe, habe die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gelenkt und werde von allen nachgeahmt werden. Zum Schluß sprach der Kaiser seine Zufriedenheit darüber aus, daß er Gelegenheit hatte, über Italien zu sprechen, und trug dem Korrespondent der „Gazetta del Popolo“ Grüße für Mussolini auf, wenn er ihn sehen würde.“

„Der Kaiser“ grüßt Mussolini, der einer der Haupttreiber zum Eintritt Italiens in den Krieg gegen Deutschland und Oesterreich war.

„Der Kaiser“ lobt die „weisse Sozialpolitik“ Mussolinis, der Hunderttausende wegen ihrer Gefinnung in die Gefängnisse werfen ließ und der die Zwangsarbeit einführt.

„Der Kaiser“ findet das, was Mussolini tut, „nachahmenswert“. Meint er damit die Verknechtung der Deutschen in Südtirol?

Das alles steht das nationalparteiliche Blatt seinen Lesern ohne ein Wort eines Kommentars vor. Was Mussolini an der italienischen Arbeiterklasse verbrochen hat, möchte das Unternehmernorgan gar zu gerne auch den deutschen Arbeitern juteil werden lassen. Um diesen Preis verzicht es sogar die Unterdrückung der Deutschen in Südtirol und begeistert sich für den Faschismus.

Traffanten und Staatsprache.

Geht es der Tabakregie zu gut?

Der famose Erlaß der böhmischen Finanzlandesdirektion, wonach auch von den Traffanten im deutschen Gebiete Kenntnis und Gebrauch der Staatsprache verlangt wird, hat begrifflicherweise viel Staub aufgewirbelt und unter den Betroffenen große Erbitterung hervorgerufen. Bemerkenswert ist, daß nach unseren Informationen Finanzminister Trapl von dieser Maßnahme nicht informiert war. Es dürfte sich also um die Sonderaktion eines nationalistischen Heißspornes in der Finanzlandesdirektion handeln, die hoffentlich mit aller Beschleunigung liquidiert wird.

Die betreffenden Herren sollten auf alle Fälle darüber nachdenken, ob ein solches Vorgehen geeignet ist, den Konsum der Erzeugnisse der staatlichen Tabakregie zu fördern.

An dem Riesenumfah dieses Monopolunternehmens, welches schließlich bisher dem Staate jährlich mehr als eine Milliarde eingebracht hat, sind doch die Minderheitsbürger nicht zum geringsten Teile beteiligt.

In diesem Zusammenhange ist wohl die Frage unseres Karlsbader Brudervereins „Volkswille“ berechtigt, ob man in Zukunft vielleicht auch von den Käufern der Erzeugnisse der staatlichen Tabakregie die Kenntnis der Staatsprache verlangen will. Bei dem Rückgang, den der Absatz von Rauchmaterial seit der letzten Preiserhöhung erfuhr, ist es am wenigsten angebracht, auch diesen Zweig der Staatswirtschaft zu einem Tummelplatz für chauvinistische Huzarenstreiche zu machen.

Ueber die Belegung der Investitionstätigkeit ohne Finanzprüfung der staatlichen Einkünfte äußerte sich Genosse K. G. S. in einem Vortrage, wobei er vor allem darauf hinwies, daß in der Tschechoslowakei noch viel zu wenig für die Unterhaltung der notwendigen öffentlichen Bauten getan wurde, welche die produktive und dabei eine rentable Investition darstellen. Die finanziellen Mittel, welche eine halbe bis eine ganze Milliarde betragen würden, könnten durch eine staatliche Bau- und Kreditanstalt, durch Vergabe von Pfandobligationen für zwei Milliarden Kronen, der Schaffung eines Fonds für Ausbau und Telefonwesen, des Gesundheitswesens und der Durchführung von Rehabilitationsarbeiten beschafft werden. Auch für die Finanzierung von Arbeiten im Bereiche der Selbstverwaltung, z. B. Straßenbauten, könnte anders abgesehen werden. Die Ausführungen des Genossen K. G. S., welche sich auch auf eine Reihe anderer Fragen der öffentlichen Finanzen und der Verwaltung erstreckten, fanden lebhaftes Interesse.

Eine sozialpolitische Tat.

Berufskrankheiten-Vorlage vom Senat verabschiedet.

Prag, 11. Mai. Der Senat genehmigte heute die Vorlage des Fürsorgeministeriums über die Berufskrankheiten, die der Referent Genosse Johannis als eine große Tat auf sozialpolitischem Gebiete bezeichnete und für deren Durchsicht er dem Fürsorgeminister Genossen Dr. Czech den wärmsten Dank aussprach. In der Tat geht die Vorlage über den Rahmen der internationalen Konvention vom Jahre 1925, die gleichzeitig gutgeheißen wurde, wesentlich hinaus, da ein viel größerer Kreis von Personen in die Entschädigung der Berufskrankheiten einbezogen wird als es die Konvention und auch die Gesetzgebung in einer Reihe von Nachbarländern vorseht.

Der Referent Johannis hob hervor, daß der Ausschuss das Verzeichnis der Berufskrankheiten

noch um jene Krankheiten erweitert hat, die aus Chromvergiftungen entstehen. Injere weitere Aufgabe müsse es sein, die Berufskrankheiten nicht nur wie Unfälle zu entschädigen, sondern durch entsprechende Maßnahmen von vornherein zu verhüten. Die hierzu notwendige hygienische Ausgestaltung unserer Betriebe müsse durch besondere Aufsichtsorgane im Einklang mit dem staatlichen Gesundheitsamt und der Gewerbeinspektion herbeigeführt werden.

In der Vorlage nahm Genosse Dr. Holický vom sozial-ärztlichen Standpunkt Stellung, während Genosse Palmé gesetzliche Schutzmahnahmen für die gefährdeten Keramarbeiter verlangte.

Das Ergebnis sozialdemokratischer Arbeit!

Genosse Dr. Holický verwies darauf, daß das internationale Abkommen über die Berufskrankheiten bei uns sieben Jahre liegen geblieben ist. Die bürgerliche Koalitionsregierung hatte für derartige Dinge, wie es die Gesundheit der Arbeiterschaft ist, kein Interesse. Erst als 1929 ein Sozialdemokratischer Minister für soziale Fürsorge wurde, hat er sich sofort dieser Sache angenommen.

Die Berufskrankheiten werden jetzt in ihrer versicherungsmäßigen Behandlung den Unfällen gleichgestellt. Die Vorlage bringt mit vollem Rechte keine Definition des Begriffes Berufskrankheit, denn diese wäre immer ungenügend und unzureichend. Es wird vielmehr eine Liste der Berufskrankheiten und derjenigen Betriebe, in denen sie vorkommen, aufgestellt. Dies war sicher die beste Lösung. Der Vorlage hat die reichsdeutsche Verordnung als Grundlage gedient, wir können aber mit Genugtuung feststellen, daß unsere Liste über die deutsche Verordnung hinausgeht. Dazu kommt, daß der Fürsorgeminister ermächtigt wird, diese Liste gegebenenfalls noch zu erweitern.

Als besonders begrüßenswert bezeichnet Redner die Bestimmungen über die Anerkennung einer vorübergehenden Zusatzrente für den Fall, daß ein Kranker sich einen anderen Beruf suchen will, in dem er der Gefahr einer neuen Erkrankung nicht mehr ausgesetzt ist. Ein Rechtsanspruch darauf besteht allerdings nicht.

Unter den angeführten Berufskrankheiten haben für uns namentlich

Die Erkrankungen durch Radium und Emanationen

besondere Bedeutung. Seit Jahren bemühen wir uns, ein Gesetz durchzubringen, das die Arbeiter in den Joachimsthaler Bergwerken davor schützen soll, schon in jungen Jahren dem Dreck und dem Tode anheimzufallen. Bisher sind alle Bemühungen an bürokratischer Engstirnigkeit gescheitert. Umso mehr heißen wir es willkommen, daß wenigstens in dem vorliegenden Gesetz für diese Menschen eine leichte Verbesserung dadurch geschaffen wird, daß man den Lungentrebs, den sie sich dort holen, unter die Berufskrankheiten einreicht, so daß sie, wenn sie erkranken, wenigstens in den Bezug einer Rente kommen. Ein zweiter wichtiger Fortschritt besteht darin, daß

Schützt die Keramarbeiter!

Genosse Palmé beschäftigte sich vornehmlich mit den sozialen Schutzbestimmungen, wie sie in einer Reihe von Ländern bei der Porzellan- und Steinzeugherstellung gehandhabt werden, um dazutun, wie weit wir auf diesem Gebiete gegenüber vielen anderen Staaten noch im Rückstande sind.

Am weitesten geht das englische Gesetz zum Schutz der Keramarbeiter, das namentlich wertvolle Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter enthält. Deutschland hat durch ein Gesetz im Jahre 1929 zwar die schwere Staublungenkrankung (Silikose) für eine Reihe von Betrieben als Berufskrankheit anerkannt, dagegen die großen Industriegruppen der Steinzeugherstellung (sowie die gesamte Grobkeramik) ausgenommen, was als ein schwerer Mangel bezeichnet werden muß. Die Töpfererkrankung hat Verfügungen über das Ausnehmen heißer Ofen, obwohl dies eine der gesundheitsgefährlichsten Arbeiten ist. Es müssen daher ebenfalls Sonderbestimmungen geschaffen werden, die auch diesen Arbeitern den notwendigen Schutz bieten.

In Oesterreich sind bei uns bestehen keine gesetzlichen Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter beim Ausnehmen heißer Ofen, obwohl dies eine der gesundheitsgefährlichsten Arbeiten ist. Es müssen daher ebenfalls Sonderbestimmungen geschaffen werden, die auch diesen Arbeitern den notwendigen Schutz bieten.

zumal ja der Aushubentag in den Brennöfen nur auf dem Papier steht und die Arbeiter oft 25 bis 30 Stunden ununterbrochen bei ihren Ofen stehen müssen, bis der Brand fertig ist. Bei dringenden Arbeiten müssen sie die Ware aus dem heißen Ofen bei einer Temperatur ausnehmen, bei der ihnen die Haare verkohnt werden. Schwere Erkrankungen sind natürlich die Folgen dieser Arbeitsverhältnisse.

Die Injektionskrankheiten

bei solchen Menschen, die sie in ihrem Berufe erwerben, als Berufskrankheiten behandelt werden. Bisher wurden Aerzte, Pflegerinnen, Krankenschwestern in Krankenhäusern und so weiter bei Erkrankung infolge beruflicher Ansteckung nicht anders behandelt, als Kranke überhaupt. Sie bekamen ein Jahr hindurch Krankengeld und waren dann oft der Verweifung und dem Hunger preisgegeben. Heute treten sie in diesem Fall in den Bezug einer Unfallrente. Die dritte Kategorie, die für uns besonders in Betracht kommt, sind die Krankheiten infolge von Staubbinspiration. Alle, die in Eisenwerken, Steinbrüchen, kurz überall dort, wo es viel Stein, Glas oder Metall gibt, arbeiten, Glasbläser, Metallarbeiter usw., sind in hohem Maße derartigen Krankheiten ausgesetzt. Wir haben Hunderte solcher Menschen, die keinen Anspruch auf Invalidenrente haben, weil sie nicht vollständig erwerbsunfähig sind, die aber immer wieder erkranken und von den Krankenkassen dann nicht anerkannt werden. Jetzt ist ihnen doch wenigstens eine kleine Rente, also eine sichere Existenz für ihr Alter, verbürgt.

Bezüglich der Durchführung des Gesetzes sind wir allerdings ein wenig misstrauisch, weil wir mit der Arbeiterunfallversicherungsanstalt nicht die besten Erfahrungen gemacht haben. Während die Zentralversicherungsanstalt bemüht, soziale Momente in den Vordergrund zu stellen und in Zweifelsfällen zugunsten des Geschädigten zu entscheiden, stoßen wir bei der Arbeiterunfallversicherung leider oft auf große Engstirnigkeit. Die Geschädigten werden verkürzt, ihre Renten auf das knappe bemessen und so viel als möglich herabgesetzt. Allerdings muß man zugeben, daß das zum Teil auf die Mängel des veralteten Gesetzes vom Jahre 1888 zurückzuführen ist, das der heutigen Zeit nicht mehr entspricht.

Genosse Holický erklärte, daß Minister Genosse Dr. Czech dem betreffenden Departement im Ministerium bereits den Antrag gegeben hat, eine Novellierung des Unfallversicherungsgesetzes vorzubereiten. Das wird sicher schwere Kämpfe geben, aber wir wollen hoffen, daß es schließlich gelingen wird, diese Aufgabe durchzuführen.

Hand in Hand damit müßte allerdings auch eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne eintreten.

Nicht besser liegen die Verhältnisse in der Glasindustrie; besonders die Glasbläserereien sind als wahre Herde der Tuberkulose bekannt. Ich stelle daher an die Regierung das Verlangen, auch bei uns zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Keramarbeiter alle jene Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die gesundheitlichen Schäden beim Arbeitsprozeß zu beheben und besonders unsere jugendlichen und weiblichen Arbeiter vor allen großen Ausbeutungen zu schützen! (Beifall.)

Selbst der Sprecher der deutschen Nationalsozialisten konnte an der Vorlage nichts aussetzen, sondern mußte ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft zugeben und erklären, daß er für die Vorlage stimmen werde. Lediglich der kommunistische Redner Rindl konnte es sich nicht verlagern, auch diesen bedeutenden Erfolg des Fürsorgeministers geringfügig als bloßes „Englischpflaster“ hinzustellen.

Außerdem wurde noch kurzer Debatte die Regierungsvorlage über die innerstaatliche Gültigkeit von internationalen Verträgen über die Sozialversicherung angenommen. Das Gesetz soll die Möglichkeit bieten, durch Regierungsverordnung die Einzelheiten zur Durchführung internationaler Sozialversicherungsverträge festzulegen und sie dadurch möglichst bald in Wirksamkeit zu setzen.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 18. Mai um 16 Uhr.

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Die Arbeit der Samariter im ATUS.

Unsere Arbeiter-samariter beim ATUS, haben in den letzten Jahren durch zielbewusste Organisationsarbeit ein großes Ansehen erreicht: keine Turn-, Schwimm- und Spielstunde, keine Veranstaltung, kein Aufmarsch und keine Demonstration kann man sich ohne unsere Samariter vorstellen. Auch die anderen Arbeiterorganisationen wünschen oft die Mitarbeit unserer Samariter. In den Katastrophengebieten, auf den Ausflügen unserer wanderlustigen proletarischen Jugend, bei den Veranstaltungen der Sänger, Kinderfreunde, Freizeiter und besonders bei Veranstaltungen der Partei steht man unsere Samariter in Bereitschaft. Eine große Zahl von Kerzen, ein gut ausgebautes Bildungsgang macht unsere Arbeitersamariter fähig, diese Aufgabe zu erfüllen. Selbst zu großen Veranstaltungen sogenannten neutraler bürgerlicher Organisationen und auch in manchen Fällen durch die Behörden wurden unsere Arbeiter-samariter angefordert. Die große Aufgabe konnte diese Sparte aber nur erfüllen, weil sie strenge Disziplin hält. Jährlich mehrere obligatorische Lehrgänge, jährliche Ueberprüfungen und obligate Kurssteinnahme geben die Sicherheit, in ständiger Bereitschaft zu stehen. Vollständige Eingabe jeder freien Zeit für die Samaritertätigkeit zeichnet den Optimismus unserer Arbeitersamariter aus. Jetzt läuft wieder eine Delegation der Samariter unter den Frauen. Zu den Samariter-Abteilungen und Jugendformationen werden nun Samariterinnenzüge geschaffen. Eigene Verwallung und besondere Schulung sollen unsere Samariterinnen weiterbringen und den Kreis derer erweitern, die sich freiwillig zu Helferdiensten den proletarischen Organisationen zur Verfügung stellen. Wir wünschen dieser Delegation den vollen Erfolg.

„Arbeitervertreter!“

Als gestern im Senat das Gesetz über die Berufskrankheiten angenommen und damit dank den Bemühungen der Sozialdemokratie und des Ministers für soziale Fürsorge Gen. Dr. Czech eine alte Forderung tausender Arbeiter erfüllt wurde, taten sich einige kommunistische Senatoren durch folgende Zwischenrufe hervor:

„Was habt Ihr dafür bekommen?“

„Was zahlt Euch der Bettschaf dafür?“

Ein Kommentar hierzu ist wohl überflüssig!

Bodenreform und Grundzusammenlegung.

Der Senat verabschiedete gestern nach längerer Debatte, die aber vorwiegend den Charakter einer allgemeinen Aussprache über die vielen Mängel und Fehler der tschechoslowakischen Bodenreform trug, eine Vorlage über die grundbücherliche Durchführung der Zuteilungen aus der Bodenreform in jenen Gebieten, wo gleichzeitig Komassationen (Grundzusammenlegungen) im Gange sind. Es betrifft dies lediglich 20 mährisch-schlesische Gemeinden, wo das Zuteilungsverfahren und die Komassation nach einem mährischen Landesgesetz zeitlich zusammenfallen. Zur normalen grundbücherlichen Eintragung wäre die Aufertigung genauer Pläne usw. durch das Bodenamt erforderlich. Die darauf verwendete Zeit und Mühe wäre nutzlos, da durch die nachfolgende Komassation ohnedies sofort die Aufteilung der Parzellen völlig geändert wird. Das Gesetz sieht also für diese kurze Zwischenzeit eine Art provisorischer Grundbucheintragung ohne die sonst geforderten genauen Pläne vor; allerdings soll die Frist von vier Jahren nicht überschritten werden.

Die Reform der Bergarbeiterversicherung.

Am 10. Mai fand im Ministerium für öffentliche Arbeiten die erste Sitzung der Kommission für die Neuregelung der Bergarbeiterversicherung statt. Eröffnet wurde dieselbe mit einer Ansprache des Ministers für öffentliche Arbeiten Ing. Johann Dostálek, der vor allem den Wunsch zum Ausdruck brachte, daß mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Sanierung der Bergarbeiterversicherung die Arbeiten der Kommission raschestens fortzuschreiten und zu einem alle Interessenten befriedigenden, gedeihlichen Ergebnisse führen mögen. Nach dieser Einleitung der Sitzung durch den Minister übernahm Professor Dr. Schoenbaum den Vorsitz, der auf verschiedene Umstände hinwies, die zur Hoffnung Anlaß bieten, daß die Lösung des gestellten Problems, die Bergarbeiterversicherungs-Neuregelung gelingen wird, insbesondere mit Rücksicht auf die zeitliche Verbindung der vorbereiteten Novellierung der Sozialversicherung mit der Sanierung der Bergarbeiterversicherung. Die engere Kommission, welche hierauf zusammentrat, beschloß, zu ihren Arbeiten einerseits ständige andererseits auch nur fallweise Experten beizuziehen. Außerdem wurde das Programm der weiteren Sitzung festgestellt, die regelmäßig allwöchentlich abgehalten werden sollen.

Vor Pfingsten keine Spiritusreinigung.

Auch die gestrigen Beratungen der Spirituskommission haben nicht die erwartete volle Einigung gebracht. Die Tschechoslowaken, die von ihren geforderten 50 neuen Brennereien nicht abgehen wollen, hielten sich zum Protest gegen den mangelnden agrarischen Verhandlungswillen von den Verhandlungen fern. Die übrigen Parteien verhandelten weiter und brachten in verschiedenen Punkten eine weitere Annäherung zustande, doch konnte ohne die Tschechoslowaken nichts Abschließendes unternommen werden. Damit dürfte sich die parlamentarische Verhandlung der Spiritusvorlagen schon endgültig bis nach Pfingsten verschieben.

Aufgeregte Kommunisten.

Dem „Duch Casu“ ist in den letzten Apriltagen ein geheimes Rundschreiben der kommunistischen Partei an einen engen Kreis ihrer Vertrauensmänner in die Hände gefallen, welches das „Právo Lidu“ am 30. April und die deutsche sozialdemokratische Presse in ihrer Folge vom 1. Mai abgedruckt haben. In diesem Rundschreiben, an das sich unsere Leser erinnern werden, mykieren die Kommunisten eingestehen, daß das Verhalten der freien Gewerkschaften im Kosjitz der Bergarbeiter mit den Unternehmern im Etschauer und Brüxer Revier zu einem Erfolg der Arbeiter geführt hat. Insbesondere die Durchsetzung der Wechselurlaub bei vollkommener Einstellung der Massenentlassungen mußte als bedeutungsvoller Sieg der freien Gewerkschaften anerkannt werden. „Dadurch“ so heißt es in dem Flugblatt weiter „ist die Propaganda unserer Partei vor dem Verrat der Sozialisten erschwert.“ Dem mußte nun nach Ansicht der Kommunisten abgeholfen werden und so müssen, heißt es in dem Flugblatt, die freien Gewerkschaften und ihre Funktionäre um jeden Preis als Verräter hingestellt werden. Die Vertrauensmänner werden weiter aufgefordert, direkt die Arbeiter zu belügen und nicht davor zurückzusicheren, falsche Ziffern zu gebrauchen.

Die deutsche kommunistische Presse vom 4. Mai hat nun den „Duch Casu“, der die Nachlässigkeit zuerst gebucht hatte, der Dokumentenfälschung beschuldigt, aber der „Duch Casu“ hält in seiner Nummer vom 5. Mai die gegen die Kommunisten erhobenen Beschuldigungen aufrecht. Das Blatt wundert sich nicht, daß die Veröffentlichung des Dokumentes unter den Kommunisten Bestürzung hervorgerufen hat, da das Rundschreiben nur den vertrauenswürdigsten kommunistischen Funktionären zugesandt wurde. Als Beweis dafür, daß sich die Kommunisten tatsächlich so verhalten, wie ihnen in dem Rundschreiben angedroht wird, führt das Blatt folgenden Beweis an. In dem Rundschreiben heißt es nämlich auch unter anderem:

Wir stehen vor der Tatsache, daß wir eine ganze Reihe von Fällen haben werden, wo man ein Einschreiten beim Schiedsgericht für jene unsere Mitglieder der Betriebsräte verlangen wird, welche wegen der Streikaktion entlassen werden. Auch diese Frage muß so gestellt werden, daß sie nur vom Standpunkt der Interessen und der Bedürfnisse der A. P. O. geregelt wird. Es kann uns nicht gleichgültig bleiben, für wen wir uns einsetzen und für wen nicht.

Nach diesen Richtlinien gehen die Kommunisten nun tatsächlich vor. Samstag, den 20. April wurde vom Schiedsgericht die Zustimmung zur Entlassung des Mitgliedes des Betriebsrates des Sophienhospitals (im Etschauer Revier) Franz Sznichil gegeben. Niemand hat sich um den Streit gekümmert. Kein kommunistischer Abgeordneter, von denen seinerzeit 20 im Revier erschienen waren, hat sich für die Sache des Streikinteressierten. Zur Gerichtsverhandlung kam nur als Vertreter des Streikinteressierten ein gewisser Josef Herod, Vorsitzender des Betriebsrates eines anderen Schichtes, der aber am 3. Mai selbst vor dem Schiedsgericht stand und von niemandem vertreten wurde. In beiden Fällen haben die Arbeiter, um die es sich handelte, ihre Sache beim Schiedsgericht verloren. Die Kommunisten haben sich um die beiden Arbeiter überhaupt nicht gekümmert.

Auf die Charakterlosigkeit der Kommunisten wirkt folgender Vorfall, den wir gleichfalls dem „Duch Casu“ entnehmen, ein helles Licht. In dem Meinung der Kommunisten in Etschau wurde eine Karikatur des tschechischen Genossen Topinka getragen und die Teilnehmer des Anzuges färbten, Topinka sei ein Verräter. Das hinderte allerdings den Vorsitzenden des Betriebsrates der Grube Dreieinigkeits Kolar, der ein Kommunist ist, beim Genossen Topinka einzuschreiten, er möge die Entlassung des Mitgliedes des Betriebsrates Sznichil verhindern. Tatsächlich hat Genosse Topinka in dieser Angelegenheit interveniert. Wenn die Kommunisten das Wasser bis zum Halse reicht, dann gehen sie gern zu sozialdemokratischen Sekretären. Sonst aber können gewisse Elemente der kommunistischen Partei nicht genug das Maul aufreißen und die Charakter vom Verrat der Sozialisten gedankenlos nachplappern.

Rechtens greift der „Vorwärts“ die deutscher sozialdemokratischer Blätter auch deswegen an, weil wir die Abrechnung über die anlässlich des nordböhmischen Bergarbeiterstreiks unternommene Sammelaktion, die 300.000 Kronen ergeben haben soll, verlangen. Es fällt naturgemäß der kommunistischen Presse nicht ein, diese Abrechnung bekannt zu geben und sie vertritt sich hinter die Ausrufe, daß der Solidaritätsausdruck „nicht der sozialfaschistischen Tagespresse, sondern den Bergarbeitern“ Rechenschaft ablegen werde. Es ist die Pflicht des Streikausschusses der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen und seine Kassagebarung von einem unabhängigen Revisor überprüfen zu lassen. Solange das der Direktionsklub nicht tut, wird er sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, den wir gegen ihn erhoben haben.

Hefen-Wahlen am 3. Juli.

Darmstadt, 10. Mai. Das heftigste Gesamtministerium hat heute abends für die Neubildung zum heftigsten Landtag den 3. Juli bestimmt.

Wöchentlich zwei Soldatenselbstmorde!

390 amtlich festgestellte Soldatenselbstmorde in der CSN. innerhalb vier Jahren. — Und über die Gründe verrät die Statistik just das, was sie vertuschen will: die überwiegende Mehrheit der Selbstmörder sind Opfer des Militarismus.

Der Minister für nationale Verteidigung hat Dienstag in Beantwortung einer Interpellation der tschechischen Genossen wegen der Häufung der Selbstmorde in der Armee die verlangte Statistik vorgelegt, aus der hervorgeht, daß zwischen 1927/28 und 1930/31 insgesamt 390 Soldaten in der Tschechoslowakischen Republik Selbstmord begingen. Als Selbstmordgrund wird in dieser Statistik angegeben:

- in 96 Fällen unglückliche Liebe oder andere sexuelle Gründe,
- in 64 Fällen unglückliche Familien- und Privatverhältnisse,
- in 28 Fällen Lebensüberdruß,
- 20 wegen Nervenerkrankungen,
- 7 wegen Existenzsorgen,
- 5 aus Heimweh,
- 13 wegen venerischer Krankheiten,
- 28 aus Furcht vor Strafe wegen Diebstahls,
- 9 aus Furcht vor Disziplinarstrafe,
- 8 aus Unlust zum Militärdienst,
- 7 aus Furcht vor Strafe wegen Vohvergehens,
- 7 aus Furcht vor Strafe wegen Desertion,
- 4 aus Furcht vor Strafe wegen Insubordination,
- in 57 Fällen blieben die Gründe des Selbstmörders „unbekannt“.

Bei oberflächlicher Betrachtung dieser Statistik könnte man nun vielleicht sagen, daß die Selbstmorde mit dem Militarismus gar nicht in so schrecklichem Maße zusammenhängen, denn nach der Zusammenstellung oben sollen nur 63 von den 390 Selbstmorden, also kaum ein Sechstel, dem Militarismus unmittelbar zur Last. Das Bild verschiebt sich aber schon bedeutend, wenn man — wozu aller Anlaß vorhanden ist (siehe die Schikanierungen!) — von den 57 Fällen mit „unbekannten“ Motiven den allergrößten Teil gleichfalls dem militaristischen System direkt zur Last schreibt. Und wenn man dann vollends zu erheben versucht — was freilich in Ziffern nicht festgelegt werden konnte — wie viele von den Selbstmördern aus unglücklicher Liebe, aus anderen privaten Gründen, aus Heimweh, wegen Krankheit, wegen Existenzsorgen und so weiter dennoch nicht den Freitod gewählt hätten, wenn ihnen eben nicht das Erleben beim Militär den Mut genommen und den Rest gegeben hätte, dann geht man gewiß nicht fehl mit der zwar durchaus und bewußt antimilitaristischen, aber keineswegs ungerechten Annahme, daß sich er-

lich mehr als dreihundert von den 390 jungen Menschen, die da in den letzten vier Jahren als Soldaten Selbstmord begingen, heute noch lebten und sich vielleicht ihres Lebens auch freuten, wenn das ihnen als unerträglich erscheinende Leid ihnen eben nicht entweder beim Militär widerfahren oder doch bedeutend verschärft worden wäre. Wer etwa mit schweren Familienorgen oder mit einer unglücklichen Liebe belastet ist, der hat es als Soldat noch viel schwerer und der seelische Gesamtzustand führt dann leider oft zu selbstmörderischer Verzweiflung. Und wer weiß, wie venerisch Erkrankte beim Militär medizinisch und auch sonst „behandelt“ werden, der wird seine Zivilstatistik abwarten müssen, um schließen zu können, daß auch diese Selbstmord-Armitärität beeinflusst ist. Schließlich seien der Vollständigkeit halber noch die 28 Selbstmörder erwähnt, bei denen die Statistik „Lebensüberdruß“ als Motiv angibt; alle diese könnten ebenfalls richtig unter die „unbekannten“ Motive eingereiht werden; denn jeder Selbstmord geschieht aus Lebensüberdruß und die Statistik hätte doch anzugeben, warum in diesen und jenen Fällen der Lebensüberdruß sich einstellte und zum Freitod führte.

Aus der Interpellationsbeantwortung durch den Verteidigungsminister ist schließlich noch an Hand der Statistik zu ersehen, daß trotz der fürchterlich hohen Gesamtzahl der Selbstmorde seit 1927/28 im letzten Jahre doch schon ein kleiner, erfreulicher Fortschritt, nämlich ein Sinken der Selbstmörderzahl zu verzeichnen ist. Aber auch das Jahr 1930/31 zählt immerhin noch 82 Soldaten-Selbstmörder, also durchschnittlich jeden vierten Tag einen Fall — eine Ziffer, die wohl von den anderen Militärsachen kaum erreicht werden dürfte. Die Patrioten haben allen Anlaß, sich ihrer zu schämen. Und wir werden unablässig auch weiterhin alles anbringen, was uns am tschechoslowakischen Militarismus über das Maß des militaristischen Lebens hinaus als unbedingt auszurotten erscheint, wenn die von der breitesten Öffentlichkeit mit Entsetzen erkannte Selbstmord-epidemie in der Armee weichen soll.

Tadel wissen wir, daß bis zu einem gewissen Grade auch der Soldatenselbstmord aus militaristischen Gründen mit dem Militarismus zwangsläufig verbunden ist. Ein Grund mehr für uns, in unserem Kampfe gegen den Militarismus bis zu dessen Ausrottung keinen Tag zu erlahmen.

Tagesneuigkeiten

Ein sicher wirkendes Mittel gegen die Wirtschaftstriefe

hat ein Betrüder in Schludenan gefunden. Da zerbrechen sich unsere Nationalökonomien die Köpfe, wie sie die aus den Augen getatene kapitalistische Wirtschaft wieder einzelen können und die Sache ist doch so furchtbar einfach: Man veranbaltet eine Bittprozeßion und wartet ab, wie sich die Geschichte auswirken wird. Da prangte nämlich am Sonntag, den 8. Mai, vormittags, auf dem Markte in Schludenan ein auf zwei Pfählen angemachtes Brett, auf welchem, mit Kreide geschrieben, folgender Aufruf stand:

Aufruf!

Bei günstiger Bitterung wird im Sinne der Wirtschaftstriefe und Arbeitslosigkeit heute nachmittag um halb 3 Uhr eine Bittprozeßion auf dem Kreuzberg geführt. Rege Beteiligung wird ermuntert! Sammelplatz bei der Kirche.

Na also, da wird es doch bald anders werden! Tag wir nicht schon früher darauf gekommen sind. Es scheint aber, daß nicht viel Leute den Sinn des Aufrufes begriffen haben. Es hatten sich nämlich nur etwa 30 Leute zu der „Prozeßion“ eingefunden. Na, vielleicht wird das nächste Mal besser.

Not lehrt — beten und musizieren.

„Not lehrt beten“, sagt ein altes Sprichwort, aber die vielen tausenden Arbeitslosen sind längst zu der Erkenntnis gelangt, daß der Hunger durch Gebete nicht zu beseitigen ist. Unzählige von ihnen, denen die Gesellschaft keine ausreichende Hilfe gewährt, haben sich nun aber doch entschlossen, aus eigenem gegen das Elend etwas zu unternehmen: Sie rüden mit Gesang und Musik der Not zuliebe, indem sie ihre gefanglichen und musikalischen Fähigkeiten nutzbringend zu verwerten suchen. In den Städten und großen Industriestädten kann man jetzt fast täglich Straßenfänger und Streifenmusikanten sehen, die in Gruppen zu zweit, dritt oder viert von Haus zu Haus gehen und den Bewohnern etwas vorsingen oder vorspielen, um als Entgelt dafür ein paar Nickelmünzen einzusammeln. Es ist nicht viel, was sie auf diese Weise erwerben. Bei den Reichen, die ihre Hausärten zumeist verpachtet halten, fällt nicht viel ab, in den Proletariatsvierteln, wo diese modernen fahrenden Sänger sehr gerne gesehen sind, ist Schmalhans selber Küchenmeister. Immerhin,

ein paar Kronen im Tag sind es doch und der argste Hunger kann damit schon gestillt werden. Freilich diese vornehme Art von Betteln ist kein Vergnügen bei schlechtem Wetter, wo auch die Einnahmen spärlicher fließen, schon gar nicht. Aber was soll der arme Teufel von Arbeitslosen anders anfangen, wenn er sich am Leben erhalten und wenn er vor allem der tödlichen Langeweile, die das Nichtstun wider Willen bereitet, entfliehen will? Diese Stragenfänger und Streifenmusikanten sind nur der neue Versuch, zu dem die Verhältnisse greifen mußten, wenn sie nicht untergehen wollten. Sie sind eine Krisenercheinung und eben darum zugleich eine Auflage gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, in der die arbeitenden Klassen herrlich und in Frieden leben, die Arbeitswilligen aber faulenzeln und hungern müssen. Es wird höchste Zeit, daß diese Ordnung endlich verschwindet. Demos.

Verbilligung der Schnellzugs-Rückfahrkarten.

Ab Freitag, den 13. Mai, fährt die Eisenbahnverwaltung, nachdem erst vor kurzem die Schnellzugszuschläge für die Entfernung von 101 bis 150 Kilometer um 6 Kronen in der dritten Klasse herabgesetzt worden sind, zu einer viel ausgedehnteren Verbilligung der Schnellzugsfahrkarten.

Es werden künftig Schnellzugsrückfahrkarten für alle Entfernungen mit einer 50prozentigen Ermäßigung des Schnellzugszuschlages ausgegeben werden. Dadurch verbilligt sich die Rückfahrkarte bei Entfernungen bis zu 30 Kilometer um 6, von 31 bis 150 Kilometer um 12, von 151 bis 250 Kilometer um 18, von 251 bis 500 Kilometer um 24 und über 500 Kilometer um 30 Kronen.

Nach den bisherigen Bestimmungen haben Rückfahrkarten bis zu einer Entfernung von 30 Kilometer zwei, bis 100 Kilometer drei und über 100 Kilometer fünf Tage Gültigkeit.

Der Nazilehrer als Kinderhändler.

Ziebzehn Kinder mißbraucht!

Vor einigen Wochen wurde in Reichenau (Oesterreich) der dortige Lehrer Fröh Sieghwein wegen Kinderhändlung verhaftet. Sieghwein wurde beschuldigt, sich an Schulmädchen aus seiner eigenen Klasse vergangen zu haben. Die seither durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß es nicht weniger als siebzehn Kinder gewesen sind, die den Lüstern dieses Erzlehrers zum Opfer gefallen sind. Sieghwein war bis etwa vor Jahresfrist Mitglied der Heimwehr. Dann

Vom Rundfunk

Empfehlungswertes aus den Programmen.

Freitag.

Brag: 11: Schallplatten, 13:30: Bläser-Quartett, 17:05: Violinsonaten, 18:35: Deutsche Sendung: Best-Nach: Aberglauben in Norpalsorland, 19:30: Seiche Orchesterkonzert, 20:30: Wie Der Cariboo zur Bermuda kam, Schauspiel von Tolstoj, 21:00: Orchesterkonzert, 22:25: Deutsche Sendung: Prof. Dr. Bretsch: Kommunismus in Währen im 16. Jahrhundert. — Breslau: 16:30: Kleine Cellomusik. — Hamburg: 19:20: Scherz und Satire, 20: Wörder man in Amerika spricht. — Langenberg: 20:45: Sinfoniekonzert. — Rühlstedt: 20: Um Flüge um die Welt. — Wien: 16:45: Konzert.

wechselte er ins „Dritte Reich“ zu den Nazis hinüber und wurde im Reichenauer Bezirk ein führendes Mitglied der Hitlerianer und einer der ordinärsten Schreiber gegen die Nazisisten.

12.000 Morde!

Nach der amerikanischen Kriminalstatistik sind im Jahre 1931 in den Vereinigten Staaten 12.000 Menschen durch Mord oder Totschlag ums Leben gekommen.

Brand im Zirkus Kludsky.

Während einer Schülervorstellung.

Aus Neuhaus wird uns geschrieben: Dienstag, den 10. d. brach um dreiviertel 19 Uhr in dem hier gastierenden Zirkus Kludsky ein Brand aus. Ueber dem Eingang geriet die Zeltleimwand, wahrscheinlich infolge der Nähe der Vogelkämpfer, in Brand. Die Feuergefahr war sehr ernst, da sich in dem Zirkus viel Schul Kinder aus der ganzen Umgebung befanden. Der Brand wurde im Keime erstickt.

Diskussion der „Arbeiterfürsorge“.

Der Bezirksverein Komotau der „Arbeiterfürsorge“ hat aus den Mitteln des Fonds, zu dem die beschriebenen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder während der Wintermonate allmonatlich einen bestimmten Prozentsatz ihres Gehaltes beigetragen haben, an 64 noleidende Genossen je 150 Kronen und an 35 Genossen je 100 K. zusammen also 13.100 K. als Unterstützungsbeträge zur Auszahlung gebracht.

Ein Parlamentarier als Balkenschmuggler?

Wiener Blätter bringen die Meldung, daß in Lundenburg dieser Tage ein Reisender angehalten worden sei, der 900.000 Kronen über die Grenze nach Oesterreich schmuggeln wollte. Nach einer anderen Version sollen es sogar drei Millionen gewesen sein. Der „Telegraf“ will wissen, daß es sich um einen tschechoslowakischen Abgeordneten handle, der kürzlich als Abgeordneter von der Adosatenkammer diszipliniert wurde, weil er sein Mandat zu Hofamzwecken benutzte. Der liberale „Pravda“ will wissen, daß sich die Geschichte schon vor 14 Tagen abgespielt hat und ein bürgerlicher Senator aus Währen in ihrem Mittelpunkt stehe. Nach andere Gerüchte sprechen von einem ungarischen Senator. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Behörden über diese Geschichte nicht den Tadel der christlichen Nächstenliebe breiten, sondern dafür sorgen, daß dieser Parlamentarier, der immer es sei, der Öffentlichkeit mit vollem Namen genannt werde!

Ein Rassenbrecher in Ruffig verhaftet.

Gestern wurde in Ruffig der 37jährige internationale Rassenbrecher Vladislav Jabrjewski, gebürtig aus Barichau, Kellner ohne Beschäftigung, verhaftet. Wie festgestellt wurde, war Jabrjewski für immer aus der Tschechoslowakei verwiesen worden. Es wurden bei ihm ein größerer Geldbetrag, ein Fahrplan usw. gefunden. Es scheint, daß Jabrjewski in der letzten Zeit wieder in der Tschechoslowakei „gearbeitet“ hat.

Gorgulows Testament.

Der Mörder des französischen Staatspräsidenten Doumer, der Russe Paul Gorgulow, hat sein vom Vorabend des Mordtages datiertes Testament an den Berliner Verlag Universitas geschickt. Die Universitas A. G. berichtet, daß sie bisher keinerlei Beziehungen zu Gorgulow unterhalten hat. In dem in russischer Sprache abgefaßten Testament heißt es: „Ich, der unterzeichnete Doktor der Medizin, Dichter und belletristischer Schriftsteller Paul Gorgulow, mit dem Schriftstellerschen Pseudonym Paul Brede, hinterlasse mein belletristisches Werk, den „Roman eines Kosaken“ in 636 Seiten Manuskript in russischer Sprache dem deutschen Verlag Universitas A. G., Berlin. Der Verlag ist verpflichtet, die Hälfte meines Autorenthonors meiner rechtmäßigen Frau... bis zu ihrem Tode auszusahlen... 3. Mai 1932, Monaco, Dr. Paul Gorgulow.“

Doppelmord.

In Köln-Ehrenfeld erwürgte ein erst seit einem halben Jahre verheirateter 23jähriger Elektromonteur seine Frau und seinen zweieinhalbjährigen Sohn und stellte sich dann der Polizei. Gegen den Mann schwebte bereits vor einiger Zeit ein Untersuchungsverfahren wegen verdächtigter Tötung.

Diermal Zwillinge.

In einem Dorfe bei Diermisteil (Hannrück) wurde eine Frau in den dreißiger Jahren zum dritten Mal von Zwillingen entbunden, hat b jedoch während der Geburt, die Reugeborenen sind noch leblos. Der Vater hat sieben acht Kindern in dürftigen Verhältnissen.

Die sozialistische Lehrerschaft

gegen Kultur- und Gehaltsabbau,
für die Stärkung der Partei.

Am Samstag, den 7. Mai, fand im Ruffiger Volkshaus eine sehr gut besuchte Versammlung der Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer für die Bezirke Aussen, Bodenbach-Teplitz und Teplitz statt. Die Lehrerschaft der drei genannten Bezirke war durch 12 Delegierte vertreten. Der Vorsitzende Genosse Hudl konnte unter den Gästen die Abg. Kirpal, Jassch und Kremsler, Genossen Macal als Vertreter der Kreisgewerkschaftskommission Aussen, den Genossen Roidörfer als Vertreter der Freidenker sowie Delegierte der öffentlichen Angestellten begrüßen. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Tätigkeit der „Reichsvereinigung“ im heurigen Vereinsjahre, besprach die neuen Sitzungen der Bezirksgruppen sowie die notwendige enge Zusammenarbeit zwischen „Reichsvereinigung“, Partei und den ihr zugehörigen Kulturorganisationen.

Hierauf besprach Genosse Abg. Jassch in einer mehr als einstündigen, von tiefer Sachlichkeit erfüllten, temperamentvollen Rede die Schul- und Kulturpolitik der Sozialdemokraten seit ihrem Eintritt in die Regierung. Ohne Scheu besprach er die Faktoren, die es verhindern, daß wir unser Kulturprogramm so durchführen, wie wir es gern möchten: Merkantilismus, Agrarismus und das Übergewicht des rückschrittlichen Ostens der Republik. Die beste Stütze in unseren Bestrebungen ist der Rückhalt an unserer tschechischen Bruderpartei. Freilich ist jetzt die Zeit für kulturelle Bemühungen infolge der katastrophalen Wirtschaftskrise nicht günstig. Im Mittelpunkt unserer Sorgen steht das Arbeitslosenproblem. Darin steht ein Stück Selbsterhaltung der Arbeiterklasse und der Partei. Zuerst muß der Mensch leben können. Der Redner besprach nun die Verbesserungen, die seit der Aera Döcker im Schulministerium und in der Schule überhaupt eingetreten sind: Schulreform, Sprengelbürgerliche, Lehrerausbildung, Kinderheime, Schulreform, Eisernevereinigung, Fortbildungskurse für Schullehrer, Instruktionen für die Landesschulinspektoren, erleichtertes Uebertritt der Gewerbeschüler an die Technik, Schulrundsicht usw. Alle diese Fragen sind aber letzten Endes Machtfragen. In der gegenwärtigen Zeit ist aber die Schulpolitik nicht nur von der Wirtschaftspolitik abhängig, sondern auch von der wirtschaftlichen Situation. Das müssen alle Lehrer, besonders aber die sozialistisch eingestellten Lehrer verstehen. Die Sozialdemokratie war und bleibt die Partei der Schule. Sie erwartet aber auch, daß der Lehrer mit dem Arbeiter Hand in Hand im Kampf ums Brot und gegen die Reaktion gehen wird.

In der folgenden, sehr lebhaften und von hohem Niveau getragenen Debatte behandelten die Genossen Berger (Teplitz), Reizner (Bodenbach), Dr. Koblner (Teplitz), Abg. Kirpal (Aussen) und Abg. Kremsler (Teplitz), Repler (Bodenbach), Neumann (Aussen), Fritzsche (Tarnitz) Einzelfragen der Schul- und Personalpolitik.

Zusammenfassend konnte der Vorsitzende Genosse Hudl feststellen, daß bei den sozialistischen Lehrern volles Verständnis für die gegenwärtige Situation herrscht, daß es aber sehr notwendig sein wird, den Kollegen in den anderen Lagern zu sagen, daß man von den Sozialdemokraten nicht nur Reformen in schulpolitischer, kultureller, finanzieller Hinsicht verlangen dürfte, sondern daß man ihnen zuerst die Macht geben müsse, diese Reformen durchführen zu können. Die Organisation habe bewiesen, daß unsere Bewegung trotz der Ungunst der Zeiten im Erstarken ist, daß wir der Zukunft ruhigen Gewissens entgegengehen können.

Better und Arbeitsleistung.

Jeder weiß aus eigener Erfahrung, daß das Wetter auf ihn in geistlicher und körperlicher Hinsicht einwirkt. Während die kälteren Einwirkungen stets ins Bewußtsein treten, bleiben die feinsten Einflüsse gewöhnlich unbemerkt. In solchen, sonnigen Tagen veripart man Arbeitslust; bei trübem, regnerischem Wetter sinken Arbeitslust und Laune. Der Amerikaner Ellsworth Huntington von der Yale-Universität hat nun kürzlich ausführliche Untersuchungen über die physischen Einwirkungen des Wetters auf den Menschen angestellt, um zu ermitteln, in welcher Weise die Arbeitsleistung mit dem Wetter ändert. Bei solchen Untersuchungen müssen, um Fehlerquellen möglichst auszuschalten, Kollektivleistungen kontrolliert werden. Zeigen sich bei solchen Kollektivleistungen Schwankungen, obwohl sämtliche Arbeitsbedingungen der beobachteten Personengruppe unverändert bleiben, so liegt es nahe, diese Schwankungen auf Witterungseinflüsse zurückzuführen, um so mehr, wenn die gleichen Witterungseinflüsse bei verschiedenen Arbeitergruppen gleichartige Leistungsschwankungen bewirken.

Quantitative Beobachtungen erstreckten sich auf Bodnarbeiter in verschiedenen Orten der Vereinigten Staaten. So wurden zum Beispiel drei Betriebe in Connecticut beobachtet, die Metallwaren erzeugen. Die Arbeit selbst war vorwiegend mechanisch, beanspruchte aber doch Aufmerksamkeit und Handfertigkeit. Vier Jahre lang wurde der Wettereinfluß auf die Arbeitsleistung kontrolliert. Dabei zeigte es sich, daß die Leistungskurve im Winter ihren tiefsten Punkt erreichte und dann allmählich bis zum Juni anstieg. Zwei Jahre gelang es, das gleiche Verhalten im Hochsommer; immer aber erreichte die

Leistung ihren Höhepunkt gegen Ende Oktober, Anfang November. Auch in einer großen Anzahl elektrischer Betriebe in Pittsburg wurde der Witterungseinfluß vier Jahre lang beobachtet. Die Jahresverläufe waren hier die gleichen wie im oben erwähnten Ergebnis. Stets wies der Winter die kleinste, der Herbst die größte Leistung auf. Bei wachsenden Zigarettenarbeitern in Tampa im Staat Florida zeigte die Sommermonate eine weitaus geringere Leistung als die Wintermonate. Die Sommerhitze ist hier bedeutend größer als in allen übrigen Beobachtungsorten.

Interessante Resultate ergab auch die Untersuchung des Witterungseinflusses auf die geistige Arbeit. Zu diesem Zwecke wurden die Leistungen von Studenten an den Akademien in Annapolis und Westpoint beobachtet. Die Leistungskurven wiesen hier zwei Höchstwerte, im Herbst und im Frühling, auf. In dem südlicher gelegenen Annapolis rücken die Maxima mehr gegen den Winter zu.

Sehr niedrige und sehr hohe Temperaturen sind demnach für die Arbeitsleistung durchaus ungünstig. Besonders Bärenmonate, die stark über 20 Grad Celsius hinaufgehen, bewirken eine wesentliche Verminderung

der Leistungsfähigkeit und Arbeitslust. Ferner zeigte sich, daß überdurchschnittliche Arbeitsleistungen hauptsächlich in Hochzeiten mit wechselndem Wetter, in denen weder besondere Kälte noch Wärme auftritt, festzustellen sind. Auch bei Betrachtung kürzerer Zeitabschnitte trat die vorteilhafte Wirkung mäßiger Temperaturen und von Temperatur schwankungen sinnfällig in Erscheinung. Die Leistung von Fabrikarbeitern war größer bei langsamem Steigen oder Sinken der Temperatur. Daraus geht hervor, daß ein wechselndes Klima die günstigsten Bedingungen für intensive Arbeit schafft. Dagegen erwiesen sich übermäßige Wärmezunahme oder -abnahme immer als nachteilig. In Neuseeland, wie überhaupt im Nordosten der Vereinigten Staaten, trägt das Wetter sehr wechselnden Charakter, im Gegensatz zum Süden, wo es sowohl im Sommer als auch im Winter wesentlich beständiger ist. Das erklärt die statistisch nachgewiesene Tatsache, daß die Arbeitsleistung im Norden der Vereinigten Staaten relativ größer ist als im Süden. Die vorteilhafte Wirkung der Temperaturänderung auf die Leistungsfähigkeit ist vor allem auf den durch sie bewirkten rascheren Blutkreislauf zurückzuführen, der günstige physiologische Wirkungen auf den Gesamtorganismus ausübt. (Zitiert nach Ewald Schick (Wien).

Frankreich und die Abrüstungskonferenz.

Es geht ums Ganze.

Der Standpunkt der tschechoslowakischen Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz ist dem Standpunkte Frankreichs recht ähnlich und zeigt gleich diesem die ganze Widersprüchlichkeit der Nachkriegsdiplomatie. Als kennzeichnende Beispiele für diese Ansichten und für den Standpunkt Frankreichs seien zwei Fragen herausgehoben, die eng miteinander zusammenhängen: die Einschränkung des Luftkrieges und das Verbot der giftigen Gase.

Frankreich verlangt, daß die rüstenden Staaten Kriegsluftzeuge nur bis zu einer gewissen Größe besitzen dürfen, alle großen Apparate sollen internationalisiert werden durch Uebergabe in die Verfügungsgewalt des Völkerbundes. Zweitens verlangt es die volle Internationalisierung der Handelsluftflotte und die Kontrolle des Völkerbundes über die Bewahrung ihres friedlichen Charakters.

Frankreich ruft immer wieder leidenschaftlich nach Sicherheit. Angerufen wie noch nie, ausgestattet mit einer Grenzfestungszone Deutschlands gegenüber, die nach dem Urteil der Fachleute selbst für Großstampanks unüberschreitbar wäre, fühlt es sich doch unsicherer als je. Völlig Mißtrauen bleibt es auf die chemischen Fabriken Deutschlands. Zwar sind die Deutschen im Nachteil, weil man ihnen nicht nur den Besitz von Kampfflugzeugen, sondern auch den von großen Handelsflugzeugen verboten hat; allein sie sind im Vorteil durch die größere Leistungsfähigkeit ihrer chemischen Industrie. Chemische Angriffe aus der Luft sind auch mit Handelsflugzeugen, die einigen Um- oder Anbau erhalten können, denkbar. Die Gegner Deutschlands behaupten immer wieder, daß diese Umwandlung der Zivil- in Kriegsluftzeuge leicht möglich ist; die deutschen Fachmänner bestreiten es ebenso entschieden. Die Wahrheit ist offenbar die, daß solche Flugzeuge den richtigen Kampfflugzeugen und Bombern an Leistungsfähigkeit nachstehen, daß aber auch sie großes Unheil anrichten können.

Frankreichs Abwehr gegen Luftangriffe ist ebenso großzügig organisiert wie die für den Landkrieg; sie richtet sich hauptsächlich gegen Deutschland und England. Aber was auf festem Boden zureichen mag, wird unzulänglich in der dritten Dimension, im Luftraum. So stehen für Grenzen und Küsten Batterien von Rak (Flugzeugabwehrkanonen) bereit, aber sie können offenbar fast ebenso leicht überfliegen werden wie die Sperrestellungen. Darum ist das ganze Land in Abwehrzonen eingeteilt, die je 200 Kilometer breit, in zwei einander überschneidenden Richtungen ziehen; die einen parallel zur deutschen Grenze, die andere parallel zur Küste, die England benachbart ist. Ein System von Scheinwerfern, Hoch- und Signalapparaten, Abwehrgeschützen und Kampfflugzeugen soll das Land gegen landeinwärts liegende Kampfflieger des Feindes sperren.

Vergleiche Hoffnung! Kann man den Himmel unausgesehen mit Scheinwerfern und Schallverstärkern bis in 2000 Meter Höhe abhören? Die Sicherheit der Städte im besonderen auch der Hauptstadt Paris, ist kaum bedeutend erhöht. — Das Bewußtsein dieser Unsicherheit hat zu dem französischen Vorschlag geführt.

In einer Denkschrift, welche die französische Regierung am 19. April der Abrüstungskonferenz zugehen ließ, führt sie ihren Vorschlag im einzelnen aus. Eine „Internationale Vereinigung für Flugzeugtransport“ soll weitgehende Rechte an Ausübung und Ueberwachung der Luftfahrtrassen erhalten; die Umwandlung der Zivil- in Militärflugzeuge soll unmöglich gemacht werden. Dieser Vorschlag ist sehr radikal. Undenkbar, daß man nicht die Mitwirkung der Deutschen an der Ueberwachung auch französischer und englischer Flugzeuge zulassen müßte. Das wäre der Anfang zur gegenseitigen Kontrolle, die allein den Abbau des gegenseitigen Mißtrauens bringen kann.

Die Steigerung der Reichweite und vernichtenden Kraft der Kampfmittel ist so stark fort-

geschritten, daß nur die Wahl bleibt: radikale Verständigung oder Kriegsführung mit katastrophaler, völkervernichtender Wirkung. Das weiß auch die französische Regierung, aber gegenwärtig will sie von den beiden Möglichkeiten noch beide. Denn um die Trümmer, die ihr der Versailler Vertrag in die Hand spielte, herauszugeben, dazu ist sie bei der gegenwärtigen Macht ihrer Militärkräfte, des Rüstungskapitalismus und der chauvinistischen Phrase noch keineswegs bereit. Und darum will Frankreich die Beibehaltung der Kampfflugzeuge, will, daß diese bis zu einer gewissen Größe den rüstenden Staaten erlaubt bleiben, will das Verbot der Luftstrafungen Deutschlands und Österreichs aufrechterhalten und ihnen zugleich die drohende Waffe der umbaubaren Zivilflugzeuge entwinden.

In dieser Form ist der französische Vorschlag undurchführbar. Er wäre nur geeignet, statt Völkerbund und Friedensidee zu stärken, die Abrüstungskonferenz zu sprengen!

Nun kommt Frankreich allerdings Deutschland und den kleinen Staaten entgegen. Als „Frucht monatlangen Studiums“ bringt es den Vorschlag, die stärksten Kampfflugzeuge ebenfalls zu internationalisieren und nur die Verfügung über kleinere Kampfflugzeuge den rüstenden Staaten zu belassen. Damit erziehe der Flugkampf auf Kriegsgeldern und Gasse beschränkt. Aber sofort erheben sich drohende technische Probleme: hat Frankreich nicht Flugzeuge, die trotz geringerer Größe weit genug reichen, um auch das tiefere Hinterland zu bedrohen? Das Flugzeug in der Westentasche? Könnte doch ebenso gefährlich werden wie das große. Hat es nicht neue Giftgase, von denen schon die kleinen Bomben aus leichteren Flugzeugen ausreichen, um ganze Städte zu bedrohen?

Wieder einfach in technischer Hinsicht liegt der Fall bei dem Verbot der giftigen Kampfstoffe. Ihre Schöpfung nach Krieges- und Friedenszeit ist nicht wohl durchzuführen. Als deutliches Beispiel sei das Phosgen angeführt, eines der allerheftigsten Giftgase. Es hat im Krieg, besonders in Händen der Franzosen, eine furchtbare Wirkung geübt und ist durch die mitten im Frieden eingetretene Hamburger Phosgenkatastrophe vom 20. Mai 1928 noch bekannter geworden. Dieses Giftgas ist ein Zwischenprodukt bei der Erzeugung von Anilinfarben und wird in Friedenszeiten zu diesem Zweck hergestellt. Aber auch die Fabrikation solcher Gifte, welche keine Friedensverwendung finden, wie Senfgas, entzieht sich offenbar der Kontrolle, so lange die Industrie überhaupt mit Fabrikgeheimnissen arbeitet. Darum konnten, als wiederholt Verbote der Gaswaffen beschlossen wurden, die Rüstungsindustrie erklären; in keinem Kriege würde einer der Streitkräfte sich hindern lassen, jedes Mittel, das den Sieg näherbringt, anzuwenden.

Auch die tschechoslowakischen Bevollmächtigten auf der Abrüstungskonferenz sind vor die Frage gestellt: haben wir für die Bevölkerung unseres Staates zu sorgen oder für die Stützung des militärischen Machtstems Frankreichs? Die Gefahr, welche Prag, Brünn und vielen anderen Städten von Luftangriffen droht, kann nicht behoben werden ohne Abbau des gegenseitigen Mißtrauens, d. h. ohne daß den anderen Staaten Gelegenheit geboten wird, sich von unserem Friedenswillen an Ort und Stelle zu überzeugen, so wie wir von dem ihren. Wie weit der Standpunkt der Tschechoslowaken hier noch entfernt ist, das zeigt sich in der Verschiedenheit seiner Anforderungen an die Sicherung des Friedens.

So viel scheint schon festzustehen: auf dem Gebiet der chemischen Abrüstung wird es nur die große Entscheidung „alles oder nichts“ geben. Aber auch in den Fragen der Luftstrafungen scheint es nicht möglich zu sein, der Kriegsgebellte einige Zähne auszuberechen; man wird das Ungeheuer selbst zur Strecke bringen müssen. Es geht ums Ganze. Die Entscheidung im Sinne der Friedensidee herbeizuführen, ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, der einzigen Macht, die endlich die Sache des Friedens vertritt.

E. B.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Der Ausweis der Nationalbank vom 7. Mai widerspiegelt sehr deutlich die allgemeine wirtschaftliche Situation unseres Staates. Der Notenumlauf ist, wie in den letzten Monaten, trotz der Drofflung der Warenumsätze infolge der Krise noch immer ziemlich hoch, was zweifellos mit der Fortung größerer Mengen von Banknoten, vor allem aber von 500-Geld, zusammenhängt. Viele Später glauben bei der allgemeinen Unsicherheit der Kreditwirtschaft, daß der Besitz von Bargeld sicherer als der Besitz einer Spareinlage ist. Am 7. Mai waren 6.572 Millionen Banknoten im Umlauf, um 367 Millionen Kronen weniger als am 30. April. Der Goldvorrat der in den letzten zwei Jahren eine starke Steigerung erfährt, ist ganz geringfügig, nämlich nur um 33.000 Kronen gegenüber der Vorwoche, gesunken. Der Devisenvorrat weist eine Abnahme um 4.8 Millionen auf, ist aber noch immer — infolge der Devisenbewirtschaftung — höher als zur gleichen Zeit des Vormonates, wenn auch wesentlich niedriger als Ende März 1931. An der Bewegung des Devisenvorrates läßt sich deutlich die Entwicklung unserer ausländischen Wirtschaftsbeziehungen verfolgen. Die Nationalbank besaß Ende März 1931 noch 2.07 Milliarden Devisen und Baluten. Ende März aber nur noch 784 Millionen, und am 7. Mai d. J. 1.18 Milliarden Kr. (Der Aufstieg in der letzten Zeit ist eine Folge der französischen Anleihe.) Die Deckung unserer Banknoten mit Gold und Devisen weist seit der Einführung der Devisenbewirtschaftung bemerkenswerte Schwankungen auf. Sie soll nach dem Gesetze vom Jahre 1925 in der Regel 35 Prozent betragen, bewegte sich aber seit Mitte vorigen Jahres zu meist darunter. Zeit Beginn dieses Jahres hat sich die Deckung erhöht und ist jetzt höher als das Gesetz vorschreibt. Am 7. Mai betrug die Deckung unseres Notenumschlages 39.1 Prozent.

Gerichtssaal

Der Kampf eines Arbeitsinvaliden.

Der Versorgungsanspruch eines Stodawerkes.
(Vom Versicherungsbeschwerdengericht.)

Prag, 11. Mai. Vor dem Versicherungsbeschwerdengericht, das dem hiesigen Ziviltribunal angegliedert ist, gelangte dieser Tage ein bemerkenswerter Streit zur Ausatragung. Der Kläger war ein Beamter der Stodawerke, der von dem Pensionsinstitut dieses Unternehmens die Zuerkennung einer Invaliditätsrente nach § 17 des Pensionsversicherungsgesetzes beantragte, mit seinem Anspruch jedoch abgewiesen wurde. Der Kläger wurde vom Sekretar des Einheitsverbandes der Privatangestellten Anton Horstl vertreten.

Der Fall ist bezeichnend. Kläger hat einen vorläufigen körperlichen und geistlichen Zusammenbruch erlitten. Seine Konstitution war den Dienstleistungen auf die Dauer nicht gewachsen. Nach den sorgfältig zusammengetragenen und begründeten Ausführungen der Klage hatte er ein zwölf bis vierzehnjähriges Arbeitsverhältnis pro Tag zu absolvieren, und zwar auch bei geringstem Frost in ungeheizten und offenen Arbeitsräumen. Die Folge war eine tödliche Nieren- und Blasenentzündung, befallend eine der tödlichsten und hartnäckigsten Erkrankungen. Wo es gibt

Hand in Hand damit ging ein schwerer Verfall der Geisteskräfte, die Ueberarbeitung unter solchen Verhältnissen führte zu einer schweren Nervenzerrüttung mit allen ihren Folgeerscheinungen, wie Fieber, Schlaflosigkeit, wunde Patient mußte längere Zeit in einer Krankenheilanstalt interniert werden. Das Gutachten objektiver Fachärzte bezeichnete ihn als erwerbsunfähig und erachtete die Voraussetzungen des § 17 des Invaliditätsgesetzes als gegeben. Das letztere begründete und belagte Sachum zur Zuerkennung der Invaliditätsversorgung wurde trotzdem, wie erwähnt, vom Pensionsinstitut der Stodawerke abgelehnt. Dieses Institut ließ es sogar auf eine Klage ankommen und beantragte vor dem Schiedsgericht auch die Abweisung des klägerischen Anspruches.

Das Gericht war aber anderer Ansicht und verurteilte das Pensionsinstitut der Stodawerke zur Zuerkennung der Invaliditätsrente und deren Bezahlung rückwirkend vom Dezember 1930. Die richterliche Entscheidung stützte sich vor allem auf das einseitige ärztliche Gutachten des Dozenten Dr. Sebel, der nach gewissenhafter Analyse des Falles zu dem Urteil gelangte, daß hier zweifellos ein Fall vorliege, der die Bedingungen des § 17 erfüllt.

Die Sachverständigen über Antos.

Schuldig in mehreren Fällen.

Prag, 11. Mai. Nach Uebernahme zweier weniger bedeutender Zeugen kamen die Sachverständigen zum Wort, die Fall für Fall vorzunehmen und sich über die Schuldfrage äußern. Dem wurden fünf Fälle begutachtet. Regierungsrat Dr. Spacc erklärt als Sachverständiger, daß der Angeklagte in mehreren Fällen schuldhaft Handlungen begangen hat. Wir bringen nach Abschluß dieses wichtigsten Punktes des Berichtsverlaufs die Verhandlung in überaus weilschweifigen Auseinandersetzungen und polemischen Verteidiger, Staatsanwalt und den Sachverständigen. Ob bei der langsame Entwicklung des Verfahrens dieser Prozeß wirklich am Samstag beendet sein wird, wie angenommen wurde, steht dahin. eb.

PRAGER ZEITUNG.

Das diskrete „Prager Tagblatt“.

Am Gotteswillen — keine Namen. | Das hiesige deutsche Bürgertum hat im „Prager Tagblatt“ das Organ, das der geistigen und moralischen Beschaffenheit dieser bei lebendigem Leib verwesenden Schicht entspricht. Den redaktionellen Teil dieses Kulturblattes füllen Beiträge von Mitarbeitern, die das düstere Kollektiv darstellen, das nur ausendbar ist: vom Reichsstadikalen bis zum Salonbeschwoilen erstreckt sich die Mitarbeiterschaft dieses prächtigen Organs. Im Juseferatenteil erfüllt das „P. Z.“ seine Kulturmission durch Kuppelinszenate widerlicherer Art, Aufpreisung von Massagesalon-Bordellen und Gebämmen, die sich „den geehrten Damen“ zu allervertraulichsten Diensten zur Verfügung stellen.

Aber eine gute Seite muß dieser Zeitung neidlos zugestehen. Sie ist diskret. Die Kundschafften können Häuser auf ihre Diskretion bauen. Diese Diskretion geht soweit, daß die Redaktionsleitung dieses Blattes in einem Konfessionsprozess, der die ganze Öffentlichkeit beschäftigt, nämlich die Augen niederschlägt und den Beteiligten im wahrsten Sinne des Wortes nicht auf den Namen kommen kann. Da steht ein Finanzrat vor Gericht, den die Anklage des schwersten Amtsmißbrauches in sechzehn Fällen beschuldigt. Seine Klienten waren, nach den Ausführungen des Staatsanwaltes, durchwegs vielfache Millionäre. Großgrundbesitzer. Großindustrielle, ehemaliger Adel — kurz die Creme der Gesellschaft, wie sie dem „Prager Tagblatt“-Leser als höchstes irdisches Ideal vorschwebt.

Angeht die dieser gesellschaftlichen Elite verging nun offenbar dem Herrn Oberprokurator die Lust zu seiner publizistischen Mission. Er mag es als peinlich empfunden haben, die Namen so vieler Angehöriger der christlich-jüdisch-kapitalistisch-aristokratischen Mischpoche der Reugier seiner Leser preiszugeben. Um Gotteswillen — keine Namen! Aus dem Karlsbader Porzellanfabrikanten Maier wurde eine schlichte „Karlsbader Firma“. Daß die Herren Hirsch, Beck und Lewit aus Pilsen nicht genannt werden dürfen, ist ohne weiteres klar. Und nun gar der erlauchte Name eines Erzgrafen Eburn-Taxis? Einer Erzgräfin Kosti-Kienel? Nein, nein — unmöglich!

Es war viel Heiterkeit unter der Prager deutschen Leserschaft, als sie die solcherart falsifizierten Gerichtsaktenreferate zu Gesicht bekam. Es war ein allgemeines Gelächter über die Diskretion des „P. Z.“, und man griff einfach zu anderen Blättern, wo man schwarz auf weiß die Tatsachen verzeichnet fand. Daß doch selbst die „Bohemia“, dieses merkwürdige Konglomerat von „Heil“ und „Rebbitz!“ nach anfänglichem Zögern sich entschlossen, die Namen der Interessenten zu nennen, obwohl sicherlich eine ganze Reihe von ihnen zu ihren nächsten Freunden und Geistesverwandten zählen mag!

Wir wollen indessen nicht ungerecht sein! Nicht alle Namen hat das „Prager Tagblatt“ verschwiegen. Gewiß — die ehemaligen Aristokraten, die Großgrundbesitzer, die Kapitalisten industrieller Oberbank — die blieben ungenannt. Dafür dürfen die Namen des kleinen Volkes veroffenlicht werden. Kleine Beamte, Amtsdienste und sonstige Nebenzeugen — vor allem aber die Freunde des Angeklagten, die Stephanie Bablobitz, hatten die Ehre, in den Spalten des Kulturblattes mit vollen Namen zu figurieren.

Die Wirkung der geübten Diskretion war durchschlagend. Wir freuen uns ihrer und bitten die Redaktion des „P. Z.“, auf diesem Wege fortzufahren. Wenigstens geben doch einigen Hunderten die Augen auf.

Urania-Aktion für die Arbeitslosen. Die „Prager Urania“ beginnt heute um 8 Uhr mit den Kinos-Vorstellungen für Arbeitslose bei freiem Eintritt (gegen Vorweis der Arbeitslosenlegitimation), bei denen der laufende Spielfilm vorgeführt wird. Außerdem wird auf jede Eintrittskarte, sowohl bei den Urania-Veranstaltungen, als bei den Kinos-Vorstellungen ein Zuschlag von 10 Hellern zugunsten der Arbeitslosenfürsorge eingehoben.

Kunst und Wissen

Neues Deutsches Theater. Heute „Spuk im Schloß“, komische Oper von Jaroslav Kriška. Anfang halb 8 Uhr (173-IV). Morgen „Madame Pachtbaur“, Operette von Offenbach. Anfang halb 8 Uhr (173-I). Samstag „Rigoletto“, Oper von Verdi. Anfang halb 8 Uhr (174-II). Pfingst-Sonntag „Spuk im Schloß“, Anfang halb 8 Uhr (175-III). Pfingst-Montag „Morgen geht's uns gut“, sechs Bilder von Hans Müller. Musik von Ralph Benatzky. Anfang halb 8 Uhr (176-IV).

Mein Theater. Heute „Die Stützen der Gesellschaft“, Schauspiel von Henri de Launay. Anfang 8 Uhr (Ab.). Morgen „Der Mann mit den grauen Schläfen“, Lustspiel von Leo Jan. Anfang 8 Uhr (Ab.). Samstag „2:2 unentschieden“, Lustspiel von Wilhelm Eichberg. Anfang halb 8 Uhr (Ab.). Pfingstsonntag „2:2 unentschieden“, Anfang 8 Uhr (Ab.). Pfingstmontag „Koulette“, Lustspiel von Ladislav Fodor. Anfang 8 Uhr (Ab.).

Schnitzler-Bildungsabend. Als Gedächtnisfeier für die beiden großen österreichischen Dramatiker wird ein Sinauerabend vorbereitet, bei dem zwei Nachwerke von Schnitzler „Anatols Großemahn“ und „Eine überspannte Person“, sowie das berühmte Gerichtsstück von Weidmann „An Ewigkeit Amen“ zur Aufführung kommen werden. Erstausführung am Donnerstag, den 19. ds.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Schlechter Mundgeruch ist eine unangenehme Sache. Man beseitigt ihn leicht durch regelmäßigen Gebrauch der herrlich erfrischenden Pfefferminz-Jahnpaste Chlorodont. Tube K6 4. — und K6 6. —.

Der Film

Film gegen Proletariat

In seinem neuesten Buch „Der Film als Kunst“ beschäftigt sich Rudolf Arnheim, heute der angesehenste Filmtheoretiker Deutschlands, recht ausführlich mit dem Problem des überhandnehmenden Ritschfilms, den er an Hand der Gesellschaft und ihres Verfalls zu erklären versucht. Arnheim hat von Bela Balasz die Erkenntnis übernommen, daß der Film die Kunst des Proletariats sein sollte, aber nicht geworden ist; er beweist, daß der Film die Kunst des Tarnsächlichen, der Illustrosität ist, die nur Berechtigung hat, wenn sie Wahres fördern kann. Und dieses Wahre darf an der Klassenscheidung, an den Klassenkämpfen der Welt, nicht

mehr vorbeigehen. Und deshalb versucht Arnheim an Hand der bestehenden Gesellschaftsordnung dem Problem an den Leib zu rücken, worauf die unstreitigen Erfolge des verlogenen, gegen die Interessen des Proletariats gerichteten Ritschfilms zurückzuführen sind.

Das Proletariat lebt heute in den kapitalistischen Staaten in einer Welt des Scheiterns, der Unwahrheiten, des Festhaltens an einem System, das den Keim seines Unterganges bereits sichtbar werden läßt, in einer Welt von Farben, die keine Farben sind, von Widersprüchen und Widersprüchlichkeiten, von Reklametafeln und Lichtreflexen, in einer Welt, die eine Kunst auf die Breiter stellt, die das Leben nur so zeigen darf, wie es nicht ist. Aber dieses kann nicht ohne weiteres erfasst werden durch echte Kunst: die Besitzenden und Herrschenden wollen es nicht und die Ausgebeuteten sind so erschöpft von dem, was man ihnen als Leben zu bieten mag, daß sie nicht mehr die geistige Kapazität beim Kunstgenuß zu denken, zu arbeiten und nur Ablenkung, Vergessen suchen. Darum auch bei ihnen der Erfolg jener Filme, die Lüge und Unwahrheiten so zu geben wissen, daß niemand zu ihrem „Genuß“ einer Kraftanstrengung bedarf. Trotzdem gibt es aber noch genug Proleten, die unter größten persönlichen Opfern auch in dieser Welt den Glauben an die Kunst und ihre Wahrheitsbindung nicht verlieren haben, aber dieser kräftigen Menschen gibt es eben nur wenige.

Der Durchschnittsfilm ist nun einzig und allein unter dem Aspekt des Gelderdienens gedrückt; folglich bestrebt sich seine Produzenten, denjenigen Teil der Erfolgsmöglichkeiten zu erfassen, der den leichtesten und ausgiebigsten Gewinn ermöglicht: und das ist der gefällige Ritsch. Das ist nun eine klare Folge der gesellschaftlichen Ordnung oder besser gesagt Unordnung, und mit Unrecht wirft man, wie Arnheim weiter ausführt, vor allem dem Filmhandel vor, daß er das Volk durch seine Erzeugnisse verführe. Der Film ist nun einmal dazu gemacht, daß drei Faktoren an ihm verdienen: Produzent, Verleiher und Kinobesitzer; was ist also selbstverständlicher, daß diese Leute, die niemals von sich behaupten haben, daß sie das allgemeine Beste und die Volkskultur verkörpern, zu jenen Mitteln greifen, die ihnen den meisten Gewinn versprechen? Gewiß ist durch diese Ueberlegung ihr Schuld nicht weggenommen: sie selbst könnten ohne Beeinträchtigung ihrer Existenz noch vieles retten, was in dem Klust ihrer Unbildung und Unsicherheit ganz zugrunde geht. Aber hauptsächlich am Niedergang des Films, an diesem neuerlichen Betrug am Proletariat, sind die Nachhaber des kapitalistischen Systems, deren Volksbetrug in klarer Konsequenz eben auch beim Film zum geistigen Ruin und Zusammenbruch führen muß. Darum muß der Kampf des Kulturpolitikers im Film gleichermaßen gegen die eigentlichen Produzenten wie gegen die Repräsentanten des Kapitalismus gerichtet sein, darum kann der Schende im Film an den Klassenkämpfen dieser Zeit nicht vorbeigehen; und darum muß auch das Proletariat immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, daß nur kapitalistischer Schwindel ihm den Ritsch im Film aufgeschwatzt hat, der seinem inneren Wesen so fremd ist. Der Betrug an der Kunst des Films ist vor allem von denen begangen worden, die sich erfreuen, von Arbeit fürs Volkswohl zu sprechen und die durch ihre korrupte Gesellschaftsordnung dieses Chaos des Filmgenusses verschuldet haben.

Kuckuck
Die größte illustrierte Wochenschrift
Erscheint jeden Sonntag überall erhältlich

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Freitag, den 13. Mai, findet um 8 Uhr abends im großen Saale des Gewerkschaftshauses in Prag-Petřohn ein Vortrag des Genossen

Dr. Albert Lanterbach (Wien) über

„Die Internationale heute und morgen“

statt.
Alle Parteigenossinnen und Genossen werden ersucht, zu diesem interessanten Vortrag des bekannten Wiener Parteischriftstellers zu erscheinen.
Die Bezirksleitung.

Nieder-Adersbach Nr. 2. Wekelsdorf Nr. 4.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker — S. J. H. Am Freitag, den 13. ds., findet im Heim im Rahmen des Fortgeschrittenen-Seminars ein Abend über die Agrarfrage statt, der als Gruppenabend gilt. Referent ist Genosse S. Hoffmann, Anfang 8 Uhr.

Wohin reisen wir zu Pfingsten?

In die **Wekelsdorfer und Adersbacher Felsen.**
Weltberühmt als stark dastehende Sandsteingeilde in den südlichen Ausläufern des Riesengebirges. Die herrlichen Naturdenkmäler zählen zu den beliebtesten Reisezielen tausender Touristen.
Schwimm- und Sonnenbad mit radumbültigem Wasser in Wekelsdorf und Strandbad in Nieder-Adersbach. Vereine erhalten bei Voranmeldungen Ermäßigungen. Auskünfte und Prospekte durch die Felsenverwaltungen, Adersbach und Wekelsdorf. 1936
Persruf: Nieder-Adersbach Nr. 2. Wekelsdorf Nr. 4.

Deutscher Theaterverein in Prag.

Die Mitglieder des deutschen Theatervereins in Prag werden zu der am Mittwoch, den 25. Mai 1932, um 6 Uhr abends im „Deutschen Hause“ stattfindenden

Generalversammlung

höflich eingeladen.
Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht für das Jahr 1931
2. Bericht des Revisionsausschusses.
3. Festsetzung der Mitgliedsbeiträge für das Jahr 1932.
4. Wahl des Vereins- und des Revisionsausschusses.
5. Entscheidung über etwaige freie, schriftlich bei dem Vereinsausschusse eingebrachte Anträge. 5247
Der Vereinsausschuß.

Gericht.

Roman von Stefan Bollatschel.

„Unser Chef hat lange genug worten müssen“, entgegnete Polliker, der Innenpolitiker, „jetzt läßt er worten.“
„Oder: C'est la vie! wie unser großer Kollege sagen würde.“
„Weil er's auf Deutsch nicht sagen kann, muß er es französisch sagen.“
„Was machen Sie für ein Geschäft, Doktor Kaltner?“
„Kinder, ich weiß nicht mehr, was ich machen soll! Die Schulden!“
„Das ist doch keine Neuigkeit, Kaltner! Wir leben hier nur von Neuigkeiten!“
„Neuigkeiten willst du? Bring die Nachricht meines Selbstmordes!“
„Wen interessiert das schon?“
„Meine Gläubiger.“
„Das wäre allerdings eine Massensensation!“
„Du hast leicht lachen! Ich halte es wirklich nicht mehr aus. Ich werde auf Schritt und Tritt verfolgt. Vor dem Haus patrouillieren sie schon, die Herren Gläubiger. Jetzt hab ich mir ein Auto nehmen müssen, um hierher zu kommen.“
„Wer hat's Auto bezahlt?“
„Der Portier!“
„Also, was ist's mit dem Selbstmord?“
„Ja, wenn der so einfach wäre! Aber wie anfangen? Nevolver trau ich mich nicht anzuschauen, Gas riecht mir zu süßlich, Strick ist mir zu proletenhaft, Waffer? — Pflui, welch Gedanke!

den Fischen als Froch zu dienen! Gift ist nicht erhältlich, also was tun?“
„Ja, eines natürlichen Todes zu sterben, das möchte Ihnen so passen? Aber so gut hat's unter-eins nicht.“
„Also was haben wir von den Rarrischnheiten — wogu hat uns Gott, der Herr, zusammengetrommelt?“
„Gottes Rarrischnheiten sind unerforschlich.“
„Unerforschlich. Großartig! Ich wette zehn zu eins, daß es die Affäre Bürger ist.“
„Gibt er noch immer keine Ruhe! Wohin soll das führen? Mir grout schon.“
„Was sollen da erst unsere Leser sagen? Wir schreiben's ja nur, aber die armen Teufel müssen es doch lesen.“
„Ja, lesen sie's schon?“
„Wissen möcht' ich nur, was er eigentlich da will?“
„Ethik? Einen Menschen retten? Mir erzählt doch Orthoff nichts! Bürger liegt ihm im Grunde fogelgrün auf.“
„Natürlich! Aber was er will, ist doch einfach. Erstens will er die Sensation, zweitens will er die Auflage vergrößern, und wenn er sonst überhaupt noch etwas will, so will er recht behalten!“
„Seine Sorgen möchte ich haben.“
„Ah, Größ Gott, Doktor! Der Germanist, der Sprachverteidiger ist da; da ist der Herr wohl auch nicht fern.“
„Jetzt nimmt er Sie auch schon zum Reden mit, Doktor? Gut — wenn er keinen Schritt ohne Sie schreibt, das verstehe ich. Aber reden kann er doch wirklich auch ohne Sie!“
„Vielleicht hat er nachher was zu diktieren.“
„Das könnten wir doch auch abfertigen.“

„Uns traut er doch schon lange nicht. Uns hat er doch immer im Verdacht, daß wir ihm seine Fehler stehen lassen.“
„Guten Morgen, meine Herren“, rief Orthoff und betrat den Raum. Er ging zum Schreibtisch, nahm in dem bequemen Ledersessel Platz, zündete umständlich seine Zigarre an und fragte, indem er das Monatel fest ins Auge starrte: „Die Herren dürfen wohl wissen, wogu ich Sie herherangebeihen habe? Wer das nicht ahnte, verdiente nicht, hier zu sein. Es ist natürlich der Fall Bürger. Meine Herren, wir stehen in dieser Affäre vor einer sensationellen Wendung, daß heißt, ich habe gestern beschlossen, daß wir ab morgen vor einer sensationellen Wendung stehen.“
„Fadelhaft“, rief Polliker, „Was ist der liebe Gott gegen Sie!“
„Geden Sie acht, Polliker, daß Sie nicht wegen Gotteslästerung angeklagt werden — für Sie würde ich keinen Finger rühren. Ich freue mich immer, wenn meine Mitarbeiter gut gelaunt sind, aber passen Sie gut auf, che Sie spötteln. Nichts auf dieser Welt ist leichter, als geistreich zu sein! Das gehört ja zu unserem Geschäft, oder Pläne haben, wirklich arbeiten, das ist schon schwerer, Polliker. Die neueste Interpretation hat doch die „Presse“ und nicht wir! Na schon gut. Also zur Sache! Wie, Mantler, sehen Sie den Fall Bürger?“
Mantler, der Gerichtsakquadjournalist, blieb Rauschringe, schön, gleichförmige, in die Luft und sagte langsam: „Ich jedenfalls bin kein Gott und auch kein Prophet. Der Rechtsweg ist erschöpft. Das Wiederaufnahmegesuch werden sie sicher ablehnen, aber Bürger ist doch der Sohn vom alten Bürger — also werden sie ihn begnadigen.“
„Ich will aber keine Gnade!“ rief Orthoff.

„Was habe ich schon von der Gnade? Damit ist mir nicht geholfen!“
„Ihnen nicht — aber dem armen Teufel schon!“
„Was geht der mich an! Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen, meine Herren. Ich meine mit Gnade ist da gar nichts gemacht. Der Mann ist unschuldig, er muß ganz frei sein!“
„Aun, ist er unschuldig?“
„Derr, geben Sie uns keine Rebusse auf“, rief Orthoff, „Für uns ist er jedenfalls unschuldig. Das steht fest.“
„Da bliebe also doch nur das Wiederaufnahmeverfahren!“
„Sehr scharsichtig“, meinte Orthoff.
„Das werden die aber nie bewilligen“, replizierte Mantler.
„Was heißt, nie bewilligen? Ich will, daß es bewilligt wird.“
„Ob Ihr Wille da nützen wird?“
„Das wird sich zeigen!“
„Zur Wiederaufnahme sind neue Tatbestandsgründe notwendig, die bisher nicht bekannt waren.“
„Mantler, weil Sie schon Ihre schönen Fortsätze über Staatsanwälte und Richter schreiben, sind Sie mir noch lange nicht kompetent in derartigen Dingen. Die Herren müssen bewilligen und damit basta!“
„Heber Orthoff, meine Gläubiger warten auf mich“, egte Kaltner, „haben Sie Mitleid mit den armen Leuten. Spannen Sie uns nicht auf die Feder und rücken Sie mit Ihren Reichstücken heraus!“
„Also, meine Herren, passen Sie gut auf, wir machen eine Volksabstimmung!“
(Fortsetzung folgt.)

Druckerei: Glasergasse 10. — Expeditionsleiter: Wilhelm Richter. — Vertretung: Dr. Paul Grottel. — Druck: Otto Gull. — Die Zeitungsinhaber sind: Dr. Paul Grottel, Dr. Paul Grottel, Dr. Paul Grottel, Dr. Paul Grottel. — Die Zeitungsinhaber sind: Dr. Paul Grottel, Dr. Paul Grottel, Dr. Paul Grottel, Dr. Paul Grottel. — Die Zeitungsinhaber sind: Dr. Paul Grottel, Dr. Paul Grottel, Dr. Paul Grottel, Dr. Paul Grottel.